

(Beginn: 15.39 Uhr – Ende: 18.53 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 11. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der Wahlperiode 2009/2014 und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie natürlich alle Mitglieder des Rates.

Besonders begrüßen möchte ich heute - ich sehe, ihr Platz ist schon mit Blumen geschmückt - Frau Brigitta von Bülow, der ich herzlich zum Geburtstag gratuliere und für das kommende Lebensjahr alles Gute wünsche. Herzlichen Glückwunsch!

(Allgemeiner Beifall)

Es ist schön, dass Sie heute gemeinsam mit uns feiern.

(Heiterkeit - Götz Bacher [SPD]: Nur die Getränke fehlen!)

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, gestatten Sie mir noch eine grundsätzliche Bemerkung.

Heute ist nicht nur ein besonderer Tag für Sie, Frau von Bülow. Der 17. Juni ist nicht irgendein Tag im Jahreskalender, sondern ein herausragendes Datum.

(Beifall bei pro Köln)

- Beifall von der falschen Seite brauchen wir nicht.

(Beifall bei der SPD)

Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 gegen die kommunistische Herrschaft in der DDR war eine gesamtdeutsche Erfahrung. Damals wurden die Wünsche, Forderungen und Hoffnungen der Menschen, nämlich Freiheit und Demokratie für ganz Deutschland, gewaltsam niedergeschlagen. Am 17. Juni 1990 kamen Abgeordnete des Deutschen Bundestages und der frei gewählten Volkskammer zusammen, um gemeinsam dieses Volksaufstandes am 17. Juni 1953 in der DDR zu gedenken. Dies sind zwei Seiten einer Medaille. Sie zeigen den Mut der Bürger, den unabhängigen Willen zur Freiheit und das Bekenntnis zur deutschen Einheit.

In der Rückschau erkennen wir, dass die dramatischen Ereignisse von 1953 und der Aufbruch

von 1989 Teil einer großen Befreiungsbewegung waren. Der 17. Juni steht am Anfang einer ganzen Reihe von Aufständen in Mittel- und Osteuropa gegen Unfreiheit und kommunistische Herrschaft. Der 17. Juni mahnt, an die Opfer zu denken, die der Kampf um die Freiheit gefordert hat - in Deutschland, aber auch anderswo.

Freiheit ist - das kann man wohl mit Fug und Recht behaupten - das größte Menschheitsthema. Nichts anderes lehrt uns die Erinnerung an den 17. Juni 1953.

(Allgemeiner Beifall)

Ich leite nun über zu unserer heutigen Sitzung. Entschuldigungen liegen mir nicht vor. Als Stimmzähler benenne ich Herrn Neubert, Herrn Koke und Frau Tull, als Vertreter Herrn Noack, Frau Kossmann und zu Ehren ihres Geburtstags Frau von Bülow.

(Heiterkeit)

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind wie immer im Entwurf gesondert gekennzeichnet.

Die Fraktion Die Linke hat am 16. Juni fristgemäß einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Auswirkungen des Kürzungspaketes auf die Finanzen der Stadt Köln“ eingereicht. Dies wollen wir als Tagesordnungspunkt 1.1 behandeln.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor - ich bitte um Aufmerksamkeit -: TOP 4.2, 4.3, 4.4, 4.5, 10.8, 10.9, 10.10, 17.4, 17.5, 17.6 sowie 18.1. Im nichtöffentlichen Teil sollen folgende Punkte zusetzt werden: TOP 26.2, 26.3 und 26.4.

Abgesetzt wurden folgende Tagesordnungspunkte: TOP 4.1 - die Beantwortung der Anfrage wird zurückgestellt - und 16.1.

(Winrich Granitzka [CDU]: 3.1.4 nicht?)

- Nein. Der wird nicht abgesetzt.

(Winrich Granitzka [CDU]: Aber der wird zurückgezogen!)

- Ja. TOP 3.1.4 ist zurückgezogen.

Außerdem werden im nichtöffentlichen Teil TOP 23.2 und 23.3 abgesetzt.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Bitte, Herr Hoffmann.

Klaus Hoffmann (Freie Wähler - Kölner Bürger-Bündnis): Herr Oberbürgermeister! Ich möchte, dass der Antrag der Freien Wähler unter Punkt 3.1.5 in den Finanzausschuss geschoben wird. Es gibt hier noch Beratungsbedarf. Wäre das möglich?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich gehe davon aus, dass das auf Zustimmung stößt. - Ich sehe keine Ablehnung. Damit ist der Antrag in den Finanzausschuss verschoben.

Wir kommen zu den Dringlichkeitsanträgen. Der Antrag unter TOP 3.1.10 „Internetstadt Köln“ ist verfristet eingegangen. Da er jedoch noch vor Erstellung der Einladung vorlag und die Fraktionen erklärt haben, diesen Antrag als Dringlichkeitsantrag aufrechtzuerhalten, wurde er auf die Tagesordnung gesetzt. Ich bitte um Begründung der Dringlichkeit. - Frau dos Santos Herrmann.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Das Internet und alles, was damit zusammenhängt, ist ein Bereich, der sich so schnell verändert, erweitert und ergänzt, dass heute schon alles anders ist als gestern und morgen schon wieder alles anders ist als heute.

(Beifall bei der FDP)

Dieser Antrag sollte heute behandelt werden, damit das, was darin vorgeschlagen wird, vielleicht schon bei den Haushaltsplanberatungen bei uns in der Stadt, aber möglicherweise auch im Land berücksichtigt werden kann. - So weit zur Dringlichkeit.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Frau dos Santos. - Wir stimmen darüber ab. Gibt es Gegenstimmen, diesen Antrag als Dringlichkeitsantrag in die Tagesordnung aufzunehmen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Ebenfalls nicht. Damit ist er unter Punkt 3.1.10 aufgenommen.

Wir kommen zu einem Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion vom 11. Juni zum Thema „Fortführung der Kinder- und jugendpsychiatrischen Beratungsstelle des Gesundheitsamtes“, der unter Tagesordnungspunkt 3.1.11 behandelt werden

soll. Ich bitte um Begründung der Dringlichkeit. - Bitte, Frau Gärtner.

Ursula Gärtner (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir mussten diesen Antrag stellen, weil die Aufstellung und Verabschiedung des Haushalts von Rot-Grün in den Herbst verschoben worden ist. Hierbei handelt es sich jedoch um Stellen, die bis zum 30. Juni beziehungsweise 31. Juli befristet sind. Da wir die Aufgabe für unerlässlich und sehr wichtig halten, war es notwendig, diesen Antrag heute einzubringen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Herr Uckermann, bitte.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Auch wir halten das Thema für sehr interessant, meinen aber, dass dafür eine kompetente Vorberatung im Gesundheitsausschuss notwendig ist. Es würde nichts verschlagen, wenn dieses Thema zunächst einmal von den Fachpolitikern erörtert würde. Es gibt da nämlich einige Punkte - falls gewünscht, könnte ich sie gleich noch nennen -, die inhaltlich einfach falsch sind und die dort vielleicht noch präzisiert werden könnten. Danach würde dieser Antrag durchaus einen Sinn machen. Wir beantragen hiermit, das Thema in den Gesundheitsausschuss zu verschieben.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wer ist für den Antrag auf Verschiebung in den Gesundheitsausschuss? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dagegen ist, den Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion in die heutige Tagesordnung aufzunehmen, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist der Antrag als Dringlichkeitsantrag unter Punkt 3.1.11 der Tagesordnung aufgenommen.

Wir kommen zu einem weiteren Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion betreffend „Abschlagszahlungen für das 3. Quartal“. Hierzu liegt eine schriftliche Begründung zur Dringlichkeit vor. Besteht der Wunsch, die Dringlichkeit noch einmal mündlich zu begründen? - Herr Klipper.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Da der Haushalt ja erst in rund einem Monat eingebracht wird, die Aufgabenträger in den verschiedenen Bereichen aber schon jetzt Klarheit brauchen, erachten wir es als wichtig, dass dieser Antrag in der heutigen Ratssitzung behandelt wird.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Wer gegen die Behandlung als Dringlichkeitsantrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.12 ist, bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist er so aufgenommen.

Es gibt einen weiteren Dringlichkeitsantrag, nämlich von der Fraktion pro Köln zum Thema „Veränderungssperre über das Stadtentwicklungsgebiet der ehemaligen Belgischen Siedlung an der Reutlinger Straße in Köln-Bilderstöckchen“. Ich bitte um Begründung der Dringlichkeit. - Herr Uckermann, bitte.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Bürgerbewegung pro Köln hat aufgrund der jüngsten Entwicklung seit letztem Donnerstag festgestellt, dass hier dringender Handlungsbedarf von städtischer Seite besteht; denn es besteht die Gefahr, dass sich über den Bürgerwillen hinweggesetzt und das Umfeld im Stadtteil verändert wird, ohne dass sich die Bürger beteiligen können. Wir schlagen in unserem Antrag vor, dass als vertrauensbildende Maßnahme - damit wären die Bürger erst einmal beruhigt - über das in Rede stehende Gebiet eine Veränderungssperre erlassen wird.

Zum Zweiten schlagen wir vor, dass die Nutzungsverträge der Anwohner mit der Stadt Köln so lange aufrechterhalten bleiben, bis dieses Verfahren ordnungsgemäß beendet ist. Den Anwohnern ist wohl gesagt worden - -

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Es geht jetzt nur um die Begründung der Dringlichkeit Ihres Antrags und nicht um das Thema an sich.

Jörg Uckermann (pro Köln): Das gehört zur Dringlichkeit. - Obwohl das Verfahren gerade erst eröffnet ist, ist den Leuten nämlich schon gesagt worden, die Nutzung gewisser Grundstücke werde vonseiten der Stadt aufgekündigt. Wir wollen, dass die Stadt die bisher bestehenden Verträge nicht antastet, bis der Prozess ord-

nungsgemäß zu Ende geführt ist. Genau das halten wir für dringlich.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Moritz, Sie wollen zur Dringlichkeit sprechen.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Die Begründung zur Dringlichkeit trifft nicht zu. Deshalb lehnen wir die Dringlichkeit ab.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wer für die Dringlichkeit dieses Antrags der Fraktion pro Köln ist, bitte ich um das Handzeichen. - Die Fraktion pro Köln hat sich für die Dringlichkeit ausgesprochen. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ganz kurzfristig wurde von der Fraktion pro Köln ein weiterer Dringlichkeitsantrag eingebracht. Ich bin natürlich - ich sage mal - gezwungen, diesen hier vorzulesen.

(Widerspruch bei pro Köln)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Die Bürgerbewegung pro Köln bittet Sie, folgenden Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates der Stadt Köln zu setzen:

Erstens. Die Verwaltung wird beauftragt, zukünftig an allen Tagen, an denen die deutsche Fußballnationalmannschaft ab dem Achtelfinale bei der Fußballweltmeisterschaft beteiligt ist, vor städtischen Gebäuden die schwarz-rot-goldene Flagge zu hissen.

(Beifall bei pro Köln)

Die Beflaggungsordnung ist gegebenenfalls per Dringlichkeitsentscheidung zu ändern.

Zweitens. Die Mitarbeiter der Verwaltung werden ausdrücklich ermutigt, ihre Verbundenheit mit der deutschen Nationalmannschaft auch an der Dienststelle und in der Öffentlichkeit darzustellen.

(Beifall bei pro Köln)

Ich weiß nicht, ob es notwendig, die Dringlichkeit zu begründen. - Herr Uckermann.

(Zuruf von Hans-Werner Bartsch [CDU])

Jörg Uckermann (pro Köln): Haben Sie das gerade gehört? Ihr Stellvertreter hat hier wieder herumgehöhelt; ich meine den da vorne mit der Brille.

Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich kann natürlich nicht zulassen, dass mein Oberbürgermeister zu irgendetwas „gezwungen“ wird. Darum komme ich gerne immer ans Rednerpult, um Ihnen hier oben zur Seite zu stehen. Ich mache das freiwillig, im Gegensatz zu Ihnen.

Ich halte es für sehr wichtig, dass wir unsere Verbundenheit mit unserer Fußballnationalmannschaft zeigen. Anlässlich des CSD wird ja auch die Flagge gehisst. Ich denke, ab dem Achtelfinale müsste das möglich sein. Ich will doch hoffen, dass die Stadt Köln noch eine schwarz-rot-goldene Flagge hat, auf der nicht Hammer und Sichel prangen. Das würde auch keine Arbeit machen oder irgendwelche Kosten verursachen. Aber die Bevölkerung würde unsere Verbundenheit mit diesem freudigen Ereignis sehen.

Punkt 2 ist natürlich umso dringlicher, seitdem, wie man hören konnte, der Innenminister es der Polizei verboten hat, im Dienst die schwarz-rot-goldene Flagge zu zeigen oder anderweitig Sympathie mit der deutschen Fußballnationalmannschaft zu bekunden. Das finde ich bedauerlich. Ich finde es gut, dass es städtische Verwaltungsstellen gibt, zum Beispiel bei uns in Ehrenfeld, wo das gemacht wird. Wenn Neubürger damit nicht zurechtkommen, dass die schwarz-rot-goldene Flagge gehisst ist, ist das deren Problem. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir darüber ab. Wer für den Dringlichkeitsantrag der Fraktion pro Köln ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer Enthält sich? - Niemand. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Tagesordnung in der so geänderten Form. Gibt es Gegenstimmen gegen die Ihnen vorgeschlagene geänderte Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Das ist ebenfalls nicht der Fall. Damit ist die Tagesordnung so festgelegt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1.1 auf:

- 1.1 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend „Auswirkungen des Kürzungspaketes der Bundesregierung auf die Finanzen der Stadt Köln“  
AN/1159/2010

Herr Ludwig, bitte.

Claus Ludwig (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Im Finanzausschuss am Montag haben Sie, Herr Oberbürgermeister, gesagt, neue Aufgaben, die Bund oder Land der Stadt aufbürden wollen, könne man angesichts dieser Haushaltssituation nicht übernehmen. Nun sieht das Kürzungspaket der Regierung Merkel zwar keine Aufgaben für die Kommunen vor. Es belastet aber die Kommunen trotzdem mehr, obwohl sie ohnehin schon sind belastet sind, und zwar direkt und indirekt.

Die Streichung des Zuschusses zur Rentenversicherung für ALG-II-Empfängerinnen und -Empfänger wird dazu führen, dass die Renten von noch mehr Menschen unter dem Satz der Grundsicherung liegen werden. Diese werden dann zum Großteil von der Kommune aufgestockt werden müssen.

Auch der geplante Abbau von 10 000 bis 15 000 Arbeitsplätzen beim Bund wird Auswirkungen auf die Stadt Köln haben. Schließlich sind hier einige Bundesbehörden positioniert. Das bedeutet: Es wird weniger Arbeitsplätze und auch weniger Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche geben. Zusammen mit den geplanten Kürzungen bei der Arbeitsmarktförderung wird dies zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit und damit zu weiteren Belastungen der Kommune führen.

Gravierender dürften allerdings die indirekten Folgen dieses Kürzungspaketes sein. Es sind Gehaltskürzungen für Bundesbeamte vorgesehen. Es ist die Streichung des Übergangszuschlages von ALG I in ALG II vorgesehen sowie die Streichung des Elterngeldes für ALG-II-Empfängerinnen und -Empfänger. Das wird zu einem weiteren Kaufkraftverlust führen, was wiederum negative Auswirkungen auf den örtlichen Einzelhandel haben wird. Diese örtlichen Auswirkungen sind allerdings nicht der schlimmste Teil des schwarz-gelben Kürzungspaketes.

Dieses Kürzungspaket insgesamt ist ein Ausdruck von Zynismus und Brutalität gegenüber den Armen in der Gesellschaft. Es trägt zum Teil recht boshafte Züge und wird dazu beitragen, dass sich die sozialen Spannungen auch in un-

serer Stadt verstärken. Denjenigen, die schon unter dem Sozialabbau der letzten Jahre zu leiden hatten, wird jetzt noch einmal eindeutig zu verstehen gegeben, dass sie nichts wert sind. Maßnahmen wie beispielsweise die Streichung des Elterngeldes für ALG-II-Empfängerinnen und des Zuschusses für die Rentenversicherung entlasten die Kasse des Bundes vergleichsweise wenig, haben aber einen hohen symbolischen Wert. Sie sind nicht nur ein Angriff auf den Lebensstandard, sondern auch auf die Würde von Erwerbslosen und Armen.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Kein ernsthafter Kommentator glaubt, dass die Maßnahmen zu einer spürbaren Entlastung der Staatsfinanzen führen werden. Viele weisen zu Recht darauf hin, dass hier vieles schöngerechnet wurde. Wir können sicher sein: Wenn diese Kürzungen ohne größeren Widerstand durchgehen, werden die Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung, Leistungsreduzierungen und erhöhte Zuzahlungen in der Krankenversicherung bis hin zur Einführung der berüchtigten Kopfpauschale sowie weitere Attacken auf die Gehälter der Beschäftigten im öffentlichen Dienst folgen.

Die historische Krise der staatlichen Finanzen, die wir heute erleben - von Griechenland über Spanien bis Nordrhein-Westfalen -, geht mit einer Steigerung des privaten Reichtums und der Gewinne von Banken und Konzernen einher. Das zeigen die Statistiken der letzten zwei Jahre. Öffentliche Gelder wurden zur Rettung von Profiten eingesetzt. Die Kehrseite dieser Sozialisierung von Verlusten ist die staatliche Pleite auf allen Ebenen, für die jetzt die Masse der Bevölkerung - die arbeitenden Menschen, die Erwerbslosen, die Jugendlichen sowie die Rentnerinnen und Rentner mit kleiner Rente - bezahlen soll.

Wenn bezüglich der Finanzen des Bundes und der Kommunen von Konsolidierung und davon geredet wird, dass durch Sparen Handlungsfähigkeit erhalten werden soll, hat das mit der Wirklichkeit wenig zu tun. Die Wahrheit ist einfach: Es wird keine Konsolidierung der öffentlichen Finanzen geben, sei es beim Bund oder bei der Stadt Köln, wenn nicht eine grundlegende Umverteilung in Gang gesetzt wird, indem auch das Vermögen der Reichen und die Profite der Banken und Konzerne angetastet werden. Geschieht das nicht, werden wir ein Sparpaket nach dem anderen erleben, ohne dass es zu einer grundlegenden Stabilisierung der öffentlichen Finanzen kommen wird.

Bei der nächsten Ratssitzung werden wir genauer über den Haushaltsentwurf für 2010/2011 diskutieren. Heute nur so viel: Die vorliegenden Pläne, soweit sie uns denn vorgestellt wurden, folgen der gleichen Logik wie das Merkel'sche Kürzungspaket: Personalabbau, Abbau sozialer und kultureller Dienstleistungen und Gebührenerhöhungen belasten die arbeitende und die arme Bevölkerung. Es werden bei Jugendzentren und wichtigen Initiativen im Gesundheitsbereich Summen eingespart, die den Haushalt vergleichsweise wenig entlasten, diese Initiativen jedoch die Existenz kosten können. Es wird vom Sparen mit Augenmaß und dem Erhalt sozialer Strukturen gesprochen. Doch tatsächlich werden die Strukturen schon in diesem ersten Schritt zerstört.

Auch von der Halbwertzeit her gibt es Parallelen zwischen dem schwarz-gelben Kürzungspaket auf Bundesebene und dem, was Sie, Herr Oberbürgermeister, und der Kämmerer am Montag der Presse vorgestellt haben. Wir gehen davon aus, dass weit härtere Maßnahmen folgen werden, spätestens 2012.

Deswegen gilt es, auf allen Ebenen Widerstand gegen diese Sozialkürzungen zu entwickeln. Die Demonstrationen in Berlin und Stuttgart am letzten Wochenende und auch die Proteste auf dem Roncalliplatz am 9. Juni

(Markus Wiener [pro Köln]: Linksextreme Gewalt!)

waren Vorboten dieser Proteste. Der Ruf „Wir zahlen nicht für eure Krise“ wird lauter werden. Ich denke, der nun eingeschlagene Weg, über Kürzungs- und Sparpakete die kommunalen Finanzen zu retten, wird nicht zum Ziel führen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Ludwig. - Herr Ott, bitte.

Jochen Ott (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Ludwig, hätten Sie es beim ersten Teil Ihrer Rede belassen, hätte ich Sie gelobt und gesagt: Wunderbar, vieles von dem, was Sie gesagt haben, brauche ich nicht zu wiederholen. Der zweite Teil hat allerdings gezeigt, dass Sie nicht bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, und nicht in der Lage sind, vernünftige Politik zu machen.

Verehrte Damen und Herren, von der schwarz-gelben Bundesregierung wurde uns ein Sparpaket für ein Leben in Armut verordnet. Ich finde, das ist eine sehr ernste Angelegenheit;

(Zuruf von Markus Wiener [pro Köln])

denn unser Land befindet sich in einer schweren Krise. Das Schlimme daran ist, dass Angela Merkel und Guido Westerwelle behaupten, wir alle hätten über unsere Verhältnisse gelebt. Das gipfelt in dem Satz von der spätrömischen Dekadenz.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Sie leben sie vor!)

Fakt ist: Wir hätten im Jahr 2011 einen ausgeglichenen Bundeshaushalt vorlegen können. Wir wären ohne weitere Schuldenaufnahme angekommen. Das war von der Großen Koalition in Person von Finanzminister Steinbrück bereits auf den Weg gebracht.

(Lachen bei pro Köln)

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass nicht durch die Bürgerinnen und Bürger und deren dekadente Verhaltensweisen, sondern durch das fahrlässige Glücksspiel von Banken und Spekulanten auf den Finanzmärkten unsere Gesellschaft an den Rand des Ruins und unsere Wirtschaft an den Rand des Abgrunds gebracht worden ist.

Die Finanzblase ist geplatzt. Die Länder haben viele vernünftige Gegenmaßnahmen ergriffen. Sie haben versucht, das System zu stabilisieren und die Kreditversorgung der Wirtschaft am Laufen zu halten. Sie haben über Konjunkturpakete dafür gesorgt, dass die Konjunktur wieder in Gang kommt. Damit haben die Staaten den richtigen Weg eingeschlagen, um unsere Demokratie zu erhalten.

Gefehlt hat allerdings bis jetzt, dass Spielregeln für die internationalen Märkte aufgestellt werden, die dafür sorgen, dass solche Krisen in Zukunft vermieden werden. Das ist der eigentliche Skandal: Schwarz-Gelb ist nicht in der Lage, Spielregeln für die internationalen Finanzmärkte aufzustellen. Deshalb zahlen nun Familien, Kinder und Arbeitslose die Zeche. Merkel sagt, dass jetzt die Handschrift der Koalition sichtbar wird. Ja, genau: Sie wird sichtbar. Es geht in der Tat darum, Rentner, Witwen und Waisen zu belasten und sozial Schwache die Zeche bezahlen zu lassen, während sich diejenigen, die noch vor wenigen Monaten mit Steuergeschenken in Höhe von 3,5 Milliarden Euro bedacht worden sind - Hotel-

besitzer und Erben - ins Fäustchen lachen. Meine verehrten Damen und Herren, das geht so nicht. Das ist keine gerechte und vernünftige Sparpolitik.

Festzustellen ist - da gebe ich Herrn Ludwig recht -: Die Kommunen werden zusätzlich belastet. Wir werden schon in Kürze von vielen Einsparmaßnahmen, die dieses Paket beinhaltet, ereilt werden. Seien es der Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger, der weggelassen soll, oder die gestrichenen Rentenversicherungsbeiträge für ALG-II-Empfänger: All diese Dinge werden letztendlich uns als Kommune belasten. Auch durch die Streichung des Elterngeldes, die wiederum nur bestimmte Einkommensgruppen in dieser Stadt deutlich belasten wird, werden zusätzliche soziale Probleme auf uns zukommen.

Angesichts dessen, dass die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich, wie in vielen Studien nachgewiesen, weiter zugenommen hat, wird dieses Sparpaket dazu beitragen, die Gesellschaft weiter auseinanderzutreiben, statt sie zusammenzuführen. Das Kürzungspaket der schwarz-gelben Bundesregierung ist ein Angriff auf das Gemeinwohl. Deshalb muss nachgebessert werden. Last but not least sollte man an dieser Stelle auch festhalten, dass viele der beschlossenen Punkte reine Luftbuchungen sind, weil sie nämlich am Ende entweder nicht durchgesetzt werden können oder gar nicht das vorgesehene Volumen erbringen werden. Das ist erst der Anfang der Sparorgie. Es wird noch viel mehr kommen.

Ein weiteres Ärgernis ist, dass selbst die wirtschaftliche Elite des Landes und der Wirtschaftsrat der CDU dazu aufgerufen haben, den Spitzensteuersatz anzuheben.

(Beifall von Jörg Detjen [Die Linke.Köln])

Ich kann mich nicht erinnern, dass es das in 60 Jahren Bundesrepublik - ich kann zwar noch nicht 60 Jahre nachvollziehen, sondern nur die Zeit, seitdem ich Zeitung lesen kann - jemals gegeben hat. Dass in einer solchen Situation, in der selbst die wirtschaftliche Elite und der Wirtschaftsrat der CDU fordern, die Steuern für diejenigen zu erhöhen, die mehr haben als andere, eine Bundesregierung nicht die Kraft hat, diejenigen, die mehr haben als andere, gerecht an den Einsparungen zu beteiligen, ist nicht nachvollziehbar. Das ist der eigentliche Skandal.

(Beifall bei der SPD)

Wir Sozialdemokraten werden weiterhin für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer werben, mit der vor allen Dingen die spekulativen Börsengeschäfte besteuert werden. Wir sind der Meinung, dass die Steuersenkungen für Hoteliers und Erben zurückgenommen werden müssen. Die Vermögensteuer muss erhöht werden; das sollte mindestens 10 Milliarden Euro einbringen.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Was hat das mit Köln zu tun? - Weitere Zurufe von pro Köln!)

Der Spitzensteuersatz muss wieder angehoben werden. Auch die Einführung eines Mindestlohns würde dazu führen, dass der Sozialetat entlastet wird.

Interessanterweise gab es gerade eben an der Stelle, als es um die Anhebung des Spitzensteuersatzes ging, einige Zurufe. Diesen Kollegen will ich eines sagen: Nur dann, wenn der Bundeshaushalt eine vernünftige Einnahmensituation verzeichnet, werden auch wir als Kommune endlich wieder die Chance haben, handlungsfähig zu werden. Das Austrocknen der Städte und Gemeinden in diesem Land - dort, wo die Menschen leben - muss ein Ende haben. Das geht nur mit einer vernünftigen Bundespolitik in dem von mir hier geschilderten Sinne. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Ott. - Herr Klipper, bitte.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Sagen Sie doch mal was zum Spitzensteuersatz! - Zuruf: Runter damit!)

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Detjen, ich will direkt auf Ihre Frage antworten: Ich habe jahrelang den Spitzensteuersatz von über 50 Prozent bezahlt,

(Markus Wiener [pro Köln]: Das haben Sie doch verkraftet, Herr Klipper!)

bis dessen Höhe schließlich vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig eingestuft wurde. Deswegen zahle ich heute nicht mehr über 50 Prozent. Um Ihrer Frage zuvorzukommen: Meine Einkünfte können Sie meiner Webseite entnehmen. Dort sind sie für das Jahr 2008

dargestellt. Das nur zu Ihrer Information, Herr Detjen. Ich denke, damit sind die persönlichen Verhältnisse hier geklärt.

Lassen Sie mich zu dem, was Sie, Herr Ott, eben vorgetragen haben, Folgendes sagen:

Das Wichtigste an dem, was wir gemacht haben, ist, dass wir die nächste Generation nicht belasten; denn wir haben im Grundgesetz eine Schuldenbremse verankert, die es trotz aller Schwierigkeiten ermöglicht, wieder zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen.

Der zweite Punkt: Indem wir dafür sorgen, dass die Wirtschaftskraft gestärkt wird, helfen wir dieser Kommune, dem Land und dem Bund, weil dann nämlich auch die Steuern und Abgaben wieder sprudeln. Das ist im Gegensatz zu dem, was Sie in Ihren Reden fordern, kein rein fiktives Ziel. Die Bundesregierung hat dafür gesorgt, dass wir den im Grundgesetz verankerten Auftrag, die Schulden abzusenkern, erfüllen können. Und sie hat noch mehr geschafft - dafür ist sie gerade gestern von der Europäischen Kommission gelobt worden -: Die Verschuldungsquote Deutschlands liegt unter 4 Prozent. Das heißt, es wird kein Verfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eingeleitet werden müssen, und das trotz der Wirtschaftskrise.

Den Zeitungen von heute war zu entnehmen, dass entgegen der Steuerschätzung aufgrund der steigenden Wirtschaftskraft die Steuern und Einnahmen erheblich steigen werden. Daraus wird auch unsere Stadt einen enormen Vorteil ziehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Ott, ich weiß nicht, warum Sie hier die Bundeskanzlerin kritisieren. Die Bundeskanzlerin hat in ganz Europa den Standard für die Bewältigung dieser Finanzkrise gesetzt. Ohne die Bewältigung dieser Finanzkrise bestünde überhaupt keine Chance. Sie sollten in den Steuergesetzgebungsorganen wie dem Landtag oder dem Bundestag darüber reden, statt hier im Stadtrat irgendwelche Wolkenkuckucksheime zu erschaffen. Das halte ich für Quatsch.

Diese Bundesregierung hat es geschafft, dass Deutschland die niedrigste Erwerbslosenquote seit 20 Jahren hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP - Jochen Ott [SPD]: Das hat alles die CDU geschafft!)

Diese Bundesregierung hat es geschafft, dass die Finanzkrise in Deutschland - das betrifft übrigens auch andere europäische Länder wie Frankreich, die Niederlande, Belgien und Italien - nicht zu schweren Verwerfungen führt, im Gegensatz zu anderen Staaten wie England, wo das nicht der Fall ist. Das hat die Bundeskanzlerin geschafft.

(Lachen bei der SPD)

- Ja, das ist so. Das können Sie noch so laut lachen. - Diese Bundesregierung hat die Situation gemeistert.

(Jochen Ott [SPD]: Deshalb stehen Sie im Moment so „gut“ da!)

Außerdem hat sie durch die Schuldenbremse dafür gesorgt, dass zukünftige Generationen keine Mehrbelastungen zu tragen haben.

Lassen Sie mich noch etwas sagen, was im Gegensatz zu dem steht, was Sie, Herr Ott, hier immer wieder behaupten. Wir haben eine Kommission eingesetzt, die darüber diskutiert, wie die Kommunalfinanzen auf Dauer gesichert und die Finanzkraft der Kommunen gestärkt werden können. Sie wird im Herbst das Ergebnis dazu vorlegen. Herr Ludwig, das wird meiner Meinung nach entscheidender sein, als hier über ungelegte Eier, die Sie der Zeitung entnommen haben, zu sprechen. Warten wir doch ab, bis das Sparpaket im Herbst durch den Deutschen Bundestag gegangen ist und Rechtskraft erlangt hat. Dann können wir uns im Einzelnen darüber unterhalten. Die heutige Aktuelle Stunde halte ich, ehrlich gesagt, Herr Ludwig, für so überflüssig wie einen Kropf. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Frank, bitte schön.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Verehrte Damen und Herren! Wir halten diese Debatte überhaupt nicht für überflüssig. Im Gegenteil, es ist gut, wenn die viertgrößte Stadt der Bundesrepublik über den Tellerand schaut und sich nicht nur in den eigenen Haushaltspositionen vergräbt. Insofern ist das sicherlich der richtige Anlass.

Ich möchte hier auf zwei Punkte eingehen.

Erstens ist es in jedem Fall sinnvoll, Kommissionen einzusetzen, die über die Föderalismusreform oder die Reform der Finanzsysteme auf den unterschiedlichen Ebenen sprechen und nach Lösungen suchen. Eine solche Kommission nimmt aber einen ganz schlechten Anfang, wenn die Bundesregierung mit der Hauptforderung hereingeht: Abschaffung der Gewerbesteuer.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie von Teilen der SPD und von Jörg Detjen [Die Linke.Köln])

Was das bedeutet, dürfte allen hier klar sein. Selbst einem Konservativen wird einleuchten, dass die Gewerbesteuer für Verwaltung und Rat die Plattform schafft, sich überhaupt darüber Gedanken zu machen, ob Arbeitsplätze angesiedelt werden sollen oder nicht. Wenn man von reiner Alimentierung lebt, kommt schnell die Haltung auf, dass einem das egal ist.

(Manfred Wolf [FDP]: Das ist falsch, was Sie erzählen!)

Deshalb sind Kommunalsteuern mit Wertschöpfungselementen für eine Kommune in jeder Hinsicht essenziell. Schon das zeigt, dass dieser Ansatz verkehrt ist.

Zweitens: die Mai-Steuerschätzung. Es ist tatsächlich so, dass die Haushaltskrise der Kommunen, aber auch die auf anderen Ebenen sehr stark von der globalen Finanzkrise verschuldet worden ist. Interessant an der Steuerschätzung ist jedoch Folgendes: Wenn man nämlich die durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz verursachten Steuerausfälle herausrechnen würde, käme man zu dem Ergebnis, dass die Einnahmen zwischen 2010 und 2013 nicht mehr um 38,9 Milliarden Euro, sondern nur noch um 6,1 Milliarden Euro nach unten korrigiert werden müssten. Daran kann man erkennen, welchen Schaden diese schwarz-gelbe Bundesregierung damit angerichtet hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was ist haushaltspolitisch von einer schwarz-gelben Bundesregierung zu erwarten, die letztlich immer noch nicht in der Realität angekommen ist und die sich seit der Koalitionsbildung, gelinde gesagt, nur mit sich selbst beschäftigt hat?

(Volker Görzel [FDP]: Köln auch!)

Was ist von einer Regierung zu halten, bei der beide Koalitionspartner, insbesondere aber die FDP, immer noch an Steuersenkungen glauben



und die CDU meint, dass es ein signifikanter Einsparbeitrag sei, wenn sie 1 Milliarde Euro an Subventionsabbau in Aussicht stellt?

Notwendige Haushaltskonsolidierung heißt doch, auf kluges Investieren und Gestalten zu setzen und gleichzeitig die öffentlichen Finanzen generationengerecht zu sanieren. Das Ergebnis der Sparklausur dieser Bundesregierung bleibt hinter diesen Anforderungen weit zurück. Gleichzeitig weist dieses Paket eine gefährliche soziale Schieflage aus. Gekürzt wird bei den Familien und insbesondere bei den sozial Schwachen.

Ein deutliches Signal hätte man setzen können, indem man insbesondere den Verzicht auf Subventionen mit einem ökologischen Aufbruch verbunden hätte. Dies ist jedoch absolut nicht der Fall; denn wenn man dieses Sparpaket analysiert, stellt man fest, dass immer noch Subventionen mit einem Volumen von 48 Milliarden Euro verbleiben, die man als ökologisch schädlich betrachten kann.

Neben dem konsequenten Subventionsabbau hätte man nach Auffassung der Grünen in Bund und Kommunen auch die Krisengewinnler und Vermögenden zur Kasse bitten müssen. Der Spitzensteuersatz muss angehoben werden. Wir brauchen eine Vermögensabgabe. Auch unnötige Förderprogramme im Wirtschaftsetat müssen zurückgefahren werden. Aber an all das wagt sich die Regierung nicht heran.

Stattdessen spart die Bundesregierung im Wesentlichen bei den Schwachen, was zu Verwerfungen in der Gesellschaft führen wird, mit denen dann die Kommunen zurechtkommen müssen - meine Vorredner haben dafür schon Beispiele genannt. Denn Maßnahmen wie die Streichung des Elterngeldes und des Beitrags zur Rentenversicherung für Arbeitslosengeld-II-Empfängerinnen und -Empfänger müssen mit einem gewissen Zeitverzug von den Kommunen aufgefangen werden. Das darf man dabei nicht vergessen. Gleiches gilt auch für die Kürzungen bei der Bundesagentur für Arbeit.

In der *Berliner Morgenpost* konnte man dazu folgenden Kommentar lesen - Zitat -:

Gerechtigkeit ist eine gefühlte Größe, die sich jeder Mensch nach seiner Perspektive zusammenbastelt. Dennoch täte die Bundesregierung gut daran, auch in den eigenen Reihen nach Sparpotenzial zu fahnden. ... Wenn „die da“ mit gutem Beispiel vorangehen, wird der gefühlten Gerechtigkeit bei den Bürgern

zumindest ein wenig Genüge getan. Sparen ist nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine psychologische Kunst.

Das ist ein Kommentar, dem ich durchaus zustimmen kann. Die Verwerfungen, die die Bundesregierung in Kauf nimmt, schlagen sich ja auch in den Umfragen nieder.

Was bleibt, ist, dass wir in jedem Fall die Forderungen der kommunalen Spitzenverbände, die noch einmal auf dem Städtetag in Neuss wiederholt und bekräftigt worden sind, verstärkt unterstützen müssen. In diesem Zusammenhang muss auch erwähnt werden, dass die schwarzgelbe Landesregierung durch Aufgabenverlagerungen allein die Kölner Haushalte seit 2006 mit über 22 Millionen Euro belastet hat.

Wir brauchen eine solche Politik genau nicht, die Sparen so versteht: Nur nicht bei mir, ich belaste die anderen. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Dr. Ralph Elster [CDU]: Beifall aus der eigenen Fraktion! - Gegenruf von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist bei Ihnen ganz anders, Herr Elster! Da tobt der Saal!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Frank. - Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da kam aber schwacher Applaus aus den Reihen von SPD und Grünen. Anscheinend haben die Argumente selbst Ihre Kolleginnen und Kollegen nicht richtig überzeugt. In diesem Punkt kann man sich insbesondere auf Jochen Ott und Jörg Frank verlassen; denn sie zitieren hier aus der gerade veröffentlichten Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin zur Einkommensverteilung in Deutschland:

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Genau!)

Die relevanten Aussagen dieser Studie zur Einkommensverschiebung gerade bei der Mittelschicht beruhen allerdings auf Erhebungen in den Jahren 1999 bis 2009, einer Zeit also, in der Deutschland ununterbrochen von der SPD regiert worden ist.

(Beifall bei der FDP)

Diese Studie ist darum auch eine Abrechnung mit der SPD als Regierungspartei. Unter ihrer Führung hat die so wichtige und die Gesellschaft stabilisierende Mittelschicht verloren. Unter Führung der SPD und nicht unter Führung der FDP sind die Armen ärmer und die Reichen reicher geworden. Da können Sie sagen, was Sie wollen. Das geschah während Ihrer Regierungszeit.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Denken Sie an die Fünfprozentklausel!)

Wenn es noch eines weiteren Beweises bedurft hätte, welche finanziellen Konsequenzen die SPD-Politik in den Jahren 1999 bis 2009 auf die kleinen Leute hatte, dann sollten Sie sich diese Studie zu Gemüte führen.

Ich finde es absolut daneben, dass die klassenkämpferischen Angriffe der Postkommunisten gegen die Bundesregierung und uns Liberale hier in diesem Hause von SPD und Grünen übernommen werden. Angelehnt an die Werbung für das Schweizer Kräuterbonbon Ricola: „Wer hat's erfunden?“, frage ich Sie, meine Damen und Herren: Hartz IV: Wer hat's erfunden? - SPD und Grüne waren es.

(Beifall bei der FDP)

Die Liberalen, die jetzt zusammen mit der CDU und der CSU die Regierung stellen, sind für dieses Sozialgemurkse nicht verantwortlich. Die Kosten für Hartz IV steigen und steigen, gerade auch für uns Kommunen. Wir müssen jetzt das reparieren, was SPD und Grüne angerichtet haben. In diesen Zusammenhang gehört auch das nun beschlossene Sparpaket. Deshalb: Hören Sie von SPD und Grünen auf, sich als Retter des Sozialstaates und der Kommunen aufzuspielen! Sie sind nicht der Retter, Sie sind die Ursache für das Sparpaket.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Sie würden sogar noch Hartz IV abschaffen!)

Ich frage weiter: Wer hat den Spitzensteuersatz auf Einkommen auf 42 Prozent gesenkt? Wer hat's erfunden? - SPD und Grüne, Gerhard Schröder und Joschka Fischer waren es.

(Beifall bei der FDP)

Wir Liberale haben SPD und Grüne damals für ihre Steuerpolitik gelobt, weil sie zu einer Stärkung der Wirtschaft und zur Schaffung von Arbeitsplätzen geführt hat. Das hätten wir besser bleiben lassen sollen; denn nun fordern Sie, wie wir gerade gehört haben, genau das Gegenteil dessen, was Sie zu Zeiten, als Sie selbst Regie-

rungsverantwortung getragen haben, beschlossen haben, nämlich die Anhebung des Spitzensteuersatzes. Den haben Sie selbst damals gesenkt. Können Sie eigentlich noch in den Spiegel schauen, Herr Ott? Kontinuität und Sachverstand scheinen für SPD und Grüne ein Fremdwort zu sein.

(Beifall bei der FDP)

Ich frage weiter: Wer hat denn den Körperschaftsteuersatz, also die Steuer für die Großkonzerne und Banken, erst von 40 auf 25 Prozent und später auf läppische 15 Prozent gesenkt? Wer hat's erfunden? - Die SPD war es. Bemerkenswert!

(Beifall bei der FDP)

Nur die FDP, die wahre Steuersenkungspartei für die Mittelschicht, fordert in ihrem Steuerkonzept, diese Steuer für Großkonzerne und Banken wieder auf 25 Prozent anzuheben. Die SPD schweigt dazu. Das will sie nicht. Dann würden ihren Worten ja tatsächlich Taten folgen.

(Beifall bei der FDP)

Sie will stattdessen über die Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer, die bekanntlich Banken und Großkonzerne nicht zu zahlen haben, an die Geldbeutel der Mittelschicht heran; denn bei Einzelveranlagung wird der Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer schon bei 53 000 Euro fällig. Das sind wahrlich nicht die Reichen der Nation; das ist die Mittelschicht.

Darum kann ich für die FDP-Fraktion hier nur anmerken: Das Sparpaket der Bundesregierung ist ausgewogen. Das Sparpaket ist auch notwendig, um den Bundeshaushalt zu sanieren, einen Bundeshaushalt, für den die SPD - und das verschweigt sie - elf Jahre lang Verantwortung getragen hat.

(Beifall bei der FDP)

Das schwere Erbe, das die SPD hinterlassen hat, muss nun die FDP aufarbeiten.

(Lachen bei der SPD)

Die Forderungen von SPD und Grünen insbesondere nach Steuererhöhungen für die Mittelschicht sind für Deutschland ungesund und stellen das Gegenteil dessen dar, was Sie selbst in Regierungsverantwortung beschlossen haben.

Es ist richtig: Die jetzige Bundesregierung bleibt aufgefordert, die eingesetzte Kommission - Karl

Klipper, du hast es gesagt - zügig zum Erfolg zu führen. Ziel muss die finanzielle Entlastung der Kommunen von den Soziallasten sein, die ihnen von der damaligen rot-grünen Bundesregierung aufgebürdet worden sind. Wir Liberale haben Hartz IV und die Belastungen für die Kommunen nicht erfunden. Wir werden uns in der Finanzreform als Anwälte für die Kommunen einbringen. Jedenfalls sind wir da glaubwürdiger als die rot-grünen Erfinder von Hartz IV.

In dieser Aktuellen Stunde haben wir wieder nur rhetorisches Getöse gehört, um das eigene, elf Jahre währende Versagen in der Regierungszeit der SPD zu vernebeln. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP sowie von Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank für Ihre schwungvolle Rede. - Herr Rouhs, bitte.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist immer wieder amüsant und erfrischend, den Vertretern der Linken zuzuhören, wenn sie hier öffentlich zum Besten geben, was sie für ein Bild von der Volkswirtschaft haben. Das zeigt uns das Niveau, auf dem ihre volkswirtschaftlichen Kenntnisse liegen.

Wir müssen uns doch zunächst einmal die Frage stellen: Warum sind so viele Kommunen pleite? Warum steht gerade die Stadt Köln unter den Kommunen nicht zumindest im oberen Drittel, was die Solidität der eigenen Haushaltsslage betrifft, sondern eher im Spektrum der Kommunen, denen es nicht ganz so gut geht? Wo sind die politischen Fehler gemacht worden, die zu dieser Situation geführt haben? Selbst bei viel bösem Willen - meine Fraktion steht ja nicht im Verdacht, ein Fan oder eine PR-Institution der Bundesregierung zu sein - werden wir nicht als Erstes der Bundesebene und auch nicht der Landesebene die Verantwortung dafür zuweisen können, unabhängig von der Frage, auf welche Regierung und Legislaturperiode wir uns beziehen.

Vielmehr haben wir zum einen festzustellen, dass es in dieser Stadt eine ganze Reihe von hausgemachten Fehlentwicklungen gegeben hat wie Misswirtschaft und Fälle von Korruption, die entweder schon in der Vergangenheit den Haushalt belastet haben oder die das in Zukunft noch tun werden. Denken Sie nur an das Verfahren, das bei der Europäischen Kommission im Zu-

sammenhang mit dem Messeskandal in Deutz anhängig ist.

(Beifall bei pro Köln)

Da versickert unser Geld. Da entstehen Schäden für den Steuer- und Gebührenzahler in Köln. An diesen Vorgängen trägt die kommunalpolitische Klasse dieser Stadt die Schuld. Dafür stehen die alten politischen Kräfte in Köln in der Verantwortung.

(Beifall bei pro Köln)

Wer hier glaubt, eine Diskussion über die Defizite im Kölner Haushalt im Wesentlichen auf andere Ebenen verlagern zu können, und nicht bereit ist, sich zunächst einmal an die eigene Nase zu fassen, der verschleiert die Realitäten und verstellt den Blick auf einen möglichen Lösungsansatz, mit dem wir hier beginnen müssen: hier im Kölner Stadtrat, hier an der kommunalpolitischen Spitze, hier bei den Trägern der Verantwortung, die sich gerade in den letzten Jahren und Jahrzehnten unverantwortlich verhalten haben.

(Beifall bei pro Köln)

Zum anderen ist davon auszugehen, dass zumindest einige in Ihren Reihen, selbst bei der Linken und der SPD, in der Lage sind, einen Haushaltsplan zu lesen, und dem entnehmen können, wo seit Jahren und Jahrzehnten die Gelder der Kommunen versickern. Es ist dieser gewaltige Batzen an Soziallasten, der die Kommunen nach unten zieht, der nicht nur seit ein oder zwei Jahren, sondern schon seit Jahren und Jahrzehnten ein Defizit schafft, mit dem die Kommunalpolitik hart zu kämpfen hat, und der dafür gesorgt hat, dass der Schuldenberg immer weiter anwächst.

In Nordrhein-Westfalen gibt es Kommunen, die ihre Haushaltssituation recht erfolgreich verbessert haben. Es tut mir als Kölner in der Seele weh, den Blick dafür auch nach Düsseldorf richten zu müssen. Diese Kommunen haben gezielt versucht, ihre Stadt attraktiv zu machen für Menschen, die eben gerade nicht auf Sozialleistungen angewiesen sind, während andere Städte, darunter auch Köln, sich als sicherer Ausweichhafen in Alternative zu Düsseldorf für bestimmte Problemgruppen regelrecht angeboten haben - nehmen Sie nur das Thema Roma und Sinti aus dem ehemaligen Jugoslawien. In Bezug auf die Haushaltsslage ist ein signifikanter Unterschied festzustellen zwischen Städten, die diese kölsche Strategie verfolgt haben, und anderen Kommunen, die sich, aus Sicht der jeweiligen

Stadt, volkswirtschaftlich sinnvoller verhalten haben, indem sie auf effekthascherisches Politikmanagement verzichtet haben, das mit wirtschaftlichem Management in diesem Fall nichts zu tun hat.

Sie können sich natürlich toll in Szene setzen, indem Sie sagen: Wir nehmen all die Mühseligen und Beladenen hier in Köln auf. Wir sind gute Menschen. Das wäre völlig in Ordnung, wenn Sie das aus Ihrer eigenen Tasche bezahlen und nicht den Kölner Steuer- und Gebührenden damit belasten würden.

(Beifall bei pro Köln)

Als ich vorhin den atemberaubenden Unsinn gehört habe, die wirtschaftliche Krise, die nun zu den Maßnahmen der Bundesregierung führt, welche zweifellos auch ein wenig die Stadt Köln belasten werden, wäre im Wesentlichen von irgendwelchen einzelnen Akteuren in der Privatwirtschaft verschuldet gewesen, habe ich gedacht: Das schlägt doch wirklich dem Fass den Boden aus. Es ist bestürzend, zu erfahren, dass es Menschen gibt, die offenbar die Dinge tatsächlich so sehen, darunter einige, die über die Kommune hinaus in Verantwortung stehen und die mit ihrem fundierten Halbwissen noch über den Stadtrat hinaus Unheil stiften können.

(Beifall bei pro Köln)

Es ist doch völlig offensichtlich, dass die jüngste Krise, die unsere Haushalte jetzt auf allen Ebenen belastet, durch eine unverantwortliche Politik der Notenbanken, allen voran natürlich der amerikanischen Notenbank, ausgelöst worden ist. Da ist Geld gedruckt worden auf Teufel komm' raus. Irgendwann standen diesem Geld keine entsprechenden Realwerte mehr gegenüber. Dieses Phänomen schlug sich zunächst am US-Immobilienmarkt nieder, weil die Buchwerte, die in den Bilanzen der Banken geführt wurden, relativ wenig mit dem realen Wert der Immobilien zu tun hatten, die kreuz und quer über die Welt hin und her geschoben worden sind. Zustände gekommen ist diese Krise also ausschließlich aufgrund einer Aufblähung des umlaufenden Geldes, die auf eine Fehlentscheidung aus dem Politikbetrieb zurückgeht.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ihre Redezeit ist bereits abgelaufen.

Manfred Rouhs (pro Köln): Lassen Sie mich ganz kurz noch die Kurve zurück nach Köln

schlagen; das geht relativ flink, Herr Roters. Wenn wir hier den Vertretern der freien Demokraten so lange zuhören müssen, schadet es vielleicht nicht, wenn ihnen jemand einmal den Zusammenhang erklärt.

(Beifall bei pro Köln)

Hier ist aus dem Politikbetrieb heraus Unfug betrieben worden. Dieser Politikbetrieb ist nicht in der Lage, seine eigenen Fehler zu reflektieren. Gerade jetzt wird wieder auf eine Niedrigzinspolitik gesetzt. Die Politik auf allen Ebenen stützt das, sie fordert das ein. Es sind natürlich auch die Leute dafür verantwortlich, die den Euro mit zu vertreten haben. Denken wir nur an Griechenland und die Südeuropastaaten-Problematik. Das könnte ich Ihnen jetzt noch 20 Minuten lang in aller Ruhe auseinandersetzen. Aber ich habe ein Einsehen. Bei den meisten hier geht das wahrscheinlich sowieso zu dem einen Ohr herein und zum anderen wieder heraus. Meine Damen und Herren, Sie sind nicht Bestandteil eines Lösungsansatzes, Sie sind das Problem.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit sind Vertreter aller Fraktionen zu Wort gekommen. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es ist nicht erkennbar, dass hier eine Verweisung notwendig ist. Ich gehe davon aus, dass sich das Thema damit erledigt hat. Wer ist gegen die Feststellung der Erledigung? - Dagegen ist niemand. Wer enthält sich? - Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

- 3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen
- 3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 3.1.1:

- 3.1.1 Antrag der CDU Fraktion betreffend „Anpassung des Kölner Landschaftsplans“ AN/1071/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Jetzt einmal zu konkreter Politik. - Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der Zielsetzungen des Landschaftsgesetzes

Nordrhein-Westfalens muss man sich die Frage stellen, ob der derzeit gültige Landschaftsplan für Köln den Vorgaben dieses Gesetzes, nämlich - ich zitiere - „der Verwirklichung der Ziele und Grundsätze des Naturschutzes und der Landschaftspflege“, gerecht wird oder gerecht werden kann. Lassen Sie mich zur Begründung dieser Fragestellung und damit zur Begründung unseres Antrags einige Beispiele kurz anführen:

Gerade in den Sommermonaten zieht es viele Kölnerinnen und Kölner zum Baden oder Tauchen in sensible Gewässer. Außerhalb der Naturschutzgebiete sind diese Aktivitäten nicht verboten, obwohl dies aus Gründen des Natur- und Landschaftsschutzes erforderlich und sicherlich auch angemessen wäre. Auf Grundlage des derzeit geltenden Landschaftsplans ist es allerdings nicht ohne weiteres möglich, gegen das Tauchen oder ähnliche Aktivitäten vorzugehen, da diese Tätigkeiten im Landschaftsplan nicht ausdrücklich verboten sind.

Weiterhin unterliegen große Teile der Kölner Parks und Erholungsgebiete nicht nur der Grünflächenverordnung, sondern fallen gleichzeitig unter den besonderen Schutz des Landschaftsplans. Dies hat zur Folge, dass innerhalb der Verwaltung die Prüfung der Zulässigkeit besonderer Nutzungen - sei es das Feiern von Festen oder das Abhalten von Sportevents - parallel durch unterschiedliche Ämter erfolgt und sich aufgrund der abweichenden Maßstäbe, die diese Ämter ansetzen, widersprechende Entscheidungen ergeben.

Schließlich zeigt die intensive Nutzung mancher Bereiche, etwa der Groov in Porz oder des Füllinger Sees, die zudem nicht die ihnen im Landschaftsplan zugedachten Naturschutzzwecke erfüllen, dass Anspruch und Wirklichkeit auseinanderklaffen. Die Herausnahme dieser Gebiete aus dem Landschaftsplan entspräche eher der Lebenswirklichkeit.

Warum ist das so? Seit Inkrafttreten des Kölner Landschaftsplans im Jahr 1991 haben sich - das liegt auf der Hand - die gesetzlichen Rahmenbedingungen auf europäischer, auf Bundes- und Landesebene erheblich geändert. Seit dieser Zeit wurden zudem in circa 200 Fällen B-Plan-Änderungen vorgenommen beziehungsweise neue B-Pläne beschlossen, wodurch der Geltungsbereich des Landschaftsplans unmittelbar berührt wird, ohne dass dies aus dem Plan beziehungsweise dessen Festsetzungskarte ersichtlich wäre. Das Gleiche gilt für die umfassende Überarbeitung des Flächennutzungsplans. Nicht zu vernachlässigen sind letztendlich die Er-

fahrungen, die die Landschaftsbehörden in Nordrhein-Westfalen seit Ende der 80er-Jahre mit dem Instrument Landschaftsplan gewonnen haben.

Worum geht es in dem Ihnen vorliegenden Antrag? Es geht darum, schnellstmöglich für die Überarbeitung und Aktualisierung der Kölner Landschaftsplanung Sorge zu tragen. Die Verwaltung soll bis Ende des Jahres hierzu ein Konzept vorlegen, das aufzeigt, wie vor allem Grünflächenverordnung und Landschaftsplan so harmonisiert werden können, dass Widersprüche und unnötiger Verwaltungsaufwand vermieden werden. Es geht darum, die textlichen Festsetzungen des Landschaftsplans, also die textlichen Festsetzungen der Verbots- und Gebotsausnahmen und Unberührtheitsregelungen, an die gewonnenen Erfahrungen, die rechtlichen Rahmenbedingungen und die Lebenswirklichkeit anzupassen. Es geht darum, Klarheit über den Anwendungsbereich in Abgrenzung zur Bauleitplanung zu schaffen und die Festsetzungskarte anzupassen. Letztendlich geht es darum, einen Abgleich der Schutzgebiete mit der Lebenswirklichkeit vorzunehmen beziehungsweise sie an den heutigen Anforderungen des Natur- und Landschaftsschutzes auszurichten.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass hier ein erheblicher Handlungsbedarf bezüglich Rechtssicherheit und Planungssicherheit, Straffung von Verwaltungshandeln, Konzentration auf schützenswerte Bereiche und somit Konzentration auf die in den gesetzlichen Regelungen vorgesehenen Naturschutzzwecke des Landschaftsplans besteht. Der Bedarf für die umfassende Revision des Kölner Landschaftsplans ist fachlich notwendig und unbestritten. Deshalb lassen Sie uns gemeinsam dieses Projekt hier und heute auf den Weg bringen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Kienitz. - Herr Bacher, bitte.

Götz Bacher (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich hatte ich erwartet, dass von der Verwaltung die dazu vorbereitete Stellungnahme jetzt vorgetragen wird. Dann hätten sich weitere Wortbeiträge erübrigt. So bleibt es mir überlassen, noch einige kurze Anmerkungen zu machen, was für mich allerdings sehr reizvoll ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, als ich Ihren Antrag das erste Mal gelesen habe, war ich zunächst sehr beeindruckt über den recht qualifiziert wirkenden Antrag. Ich hatte sogar den Eindruck, dass dies der Versuch ist, vonseiten der CDU eine Qualitätsoffensive zu starten.

(Heiterkeit)

Doch wie es immer so ist: Die Ernüchterung folgte auf dem Fuße, nämlich in dem Moment, als ich die Verwaltungsvorlage zum Thema „Anpassung des Landschaftsplans“ bekam. Sie liegt uns hier nur deshalb noch nicht vor, weil im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung der Kämmerer die Mitzeichnung noch nicht getätigt hat, was ja verständlich und nachvollziehbar ist. Liest man nämlich die Verwaltungsvorlage, die in mühsamer Abstimmung zwischen den Ämtern einschließlich des Amtes 57 erarbeitet worden ist, stellt man fest, dass Ihr Antrag eine inhaltsgleiche Kopie dieser Vorlage ist.

(Zuruf: Wo ist die Vorlage? Warum kriegen wir die denn nicht?)

- Sie haben sie doch abgeschrieben. Tun Sie doch nicht so.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Wir haben sie doch gar nicht!)

- Was Sie hier betreiben, ist ja die Scheinheiligkeit pur. Ich jedenfalls habe die Vorlage erhalten, will aber jetzt nicht daraus zitieren. Sie ist fast inhaltsgleich mit Ihrem Antrag, und das wissen Sie ganz genau.

Die Verwaltung hätte hier vortragen können, wenn sie denn gewollt hätte - ich weiß nicht, warum sie das nicht getan hat -, dass sie in enger Abstimmung zwischen den Fachämtern und dem Amt 10 darum bemüht ist, eine Vorlage zu erstellen, die dann auch der Kämmerer mitzeichnen kann. Wir als SPD-Fraktion warten gelassen darauf, dass diese Abstimmung erfolgt. Wenn uns die Vorlage erreicht, werden wir uns in bekannter Manier im Fachausschuss mit dieser Vorlage beschäftigen und votieren. Von daher erübrigt sich hier eine Beschlussfassung über Ihren Antrag. Die SPD-Fraktion macht dieses Spielchen nicht mit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Herr Klipper hatte sich zu einer Zwischenfrage gemeldet. - Bitte, Herr Klipper.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Bacher, ich habe unter meinen Kollegen einmal nachgefragt, ob diese Vorlage schon umgedruckt und ob sie ihnen schon bekannt ist. Anscheinend haben diese Inhalte unsere Fraktion überhaupt nicht erreicht. Ich gehe davon aus, dass Sie

(Zuruf: Ein Herrschaftswissen!)

ein Herrschaftswissen haben, das erheblich weiter reicht. Oder haben Sie, Frau Bredehorst

(Beigeordnete Marlis Bredehorst: Herr Streitberger!)

oder Sie, Herr Streitberger, die Vorlage schon unterzeichnet und in Umlauf gegeben? Diese Frage sollte hier gestattet sein. Es könnte ja sein, dass Sie das schon mit irgendjemandem abgestimmt haben, wir aber nichts davon erfahren haben. Ansonsten müssen wir konstatieren, dass Sie, Herr Bacher, bessere Beziehungen in die Verwaltung haben müssen, wenn Sie diese Vorlage schon kennen. Können Sie bestätigen, dass Sie die Unterlage schon zur Kenntnis erhalten haben, obwohl sie der Oberbürgermeister noch gar nicht gegengezeichnet hat?

Götz Bacher (SPD): Herr Klipper, ich bin gerne bereit, ihr Wissensdefizit auszugleichen. Ich werde Ihnen die Vorlage gleich zeigen. Dann werden Sie erstaunt sein, wie sie Ihrem Antrag gleicht.

(Widerspruch bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Herr Dr. Welpmann, bitte.

Dr. Matthias Welpmann (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Frage, wem welcher Vorlagentwurf vorgelegen hat oder nicht, möchte ich hier jetzt nicht vertiefen. Vielmehr möchte ich noch einmal auf den Inhalt Ihres Antrags zu sprechen kommen.

Herr Kienitz, mich hat vor allem der letzte Teil der Begründung stutzig gemacht. Wie Herr Bacher schon sagte, scheint es sich dabei zunächst um einen vernünftigen Vorschlag zu handeln, wobei ich hinzufügen möchte, dass all das, was Sie, Herr Kienitz, dazu angeführt haben, eigentlich zum laufenden Geschäft der Verwaltung gehört. Ich wüsste nicht, dass das Fortschreiben und Aktualisieren eines Plans einen Ratsbeschluss er-

forderlich macht. Ehrlich gesagt, sehe ich hier keinen materiellen Handlungsbedarf.

(Andreas Köhler [CDU]: Die Verwaltung braucht immer erst einen Anschub!)

Gleichwohl werde ich etwas argwöhnisch, wenn ich lese, dass die Reduzierung von Landschaftsschutzgebieten oder die Konzentration auf schützenswerte Kerngebiete intendiert ist. Das steht nicht im Beschlusstext, aber in der Begründung. Diesen Zielen können wir uns natürlich nicht anschließen; denn wir verfolgen in dieser Frage dezidiert eine gegenteilige Zielstellung. Wir wollen die bestehenden Schutzgebiete erhalten und vielleicht sogar noch ausdehnen. Wir wollen diese nicht „eindampfen“ und uns der Macht des Faktischen unterwerfen. Nur weil zugegebenermaßen ein starker Nutzungsdruck hinsichtlich vieler Landschaftsschutz- und Naturschutzgebiete und geschützter Landschaftsbestandteile besteht, kann man nicht einfach sagen: Dann reduzieren wir eben den Landschaftsplan so weit, bis diese Konflikte ausgeräumt sind. - Es muss genau andersherum sein: Wir müssen diese Schutzgebiete mit Zähnen und Klauen gegen diesen Nutzungsdruck verteidigen. Das ist im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, die in einer hochverdichteten Großstadt wie der unsrigen diese Gebiete brauchen. Das heißt, wir sind mit der grundsätzlichen Zielstellung Ihres Antrags nicht einverstanden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Insofern kann ich mich Herrn Bacher anschließen. Wir sehen keinen Handlungsbedarf. Sollte die Verwaltung der Meinung sein, dass wir im Fachausschuss an der einen oder anderen Stelle eine Anpassung diskutieren sollten, sind wir dazu gerne bereit. Aber in dieser Pauschalität können wir Ihren Antrag nur ablehnen. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Dr. Welpmann. - Frau Kirchmeyer, bitte.

Christtraut Kirchmeyer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Götz Bacher hat es schon erwähnt: Wenn man den Antrag liest, scheint er zunächst harmlos zu sein. Wenn man aber bis zur Begründung vordringt, stolpert man über den vorletzten Absatz, demzufolge eine Reduzierung von Landschaftsschutzgebieten beabsichtigt ist. Wenn man sich dazu entschließt, nur den Antrag als

solchen, nicht aber die Begründung zu beschließen, wäre der Antrag immer noch harmlos. Aber so, wie ich Herrn Kienitz eben verstanden habe, möchte die CDU keine Fortschreibung, sondern eine Aktualisierung, die Veränderungen mit einschließt. Das können wir nicht mittragen.

Bezüglich der Digitalisierung wäre es gut, ab und zu auf die Internetseiten der Stadt Köln zu schauen. Dort findet man unter dem Link „Landschaftsplan Köln“ einen wichtigen Hinweis:

Die Inhalte des Landschaftsplans Köln wurden auf der Grundlage des rechtsverbindlichen Landschaftsplans digitalisiert.

Des Weiteren heißt es da:

Der Landschaftsplan wurde seit seiner Rechtskraft mehrfach durch Ratsbeschluss geändert. Die vorliegende Version enthält alle bisher erfolgten, rechtskräftigen Änderungen.

Somit kann ich für unsere Fraktion sagen: Wir sehen keinen Handlungsbedarf in dieser Angelegenheit und werden den Antrag ablehnen.

Ich will aber noch einmal auf den Kollegen Götz Bacher zurückkommen, der hier freimütig zugegeben hat, die Vorlage der Verwaltung bereits gelesen zu haben.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Es gibt gar keine!)

Diese Vorlage liegt uns leider auch nicht vor. Ich möchte daher die Verwaltung bitten, diesen Sachverhalt kurz aufzuklären. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Frau Kirchmeyer. Herr Streitberger wird Ihre Frage beantworten.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Erklärung ist ganz einfach: Eine Vorlage ist erst dann eine Vorlage, wenn der Oberbürgermeister sie schlussgezeichnet hat. Wir haben eine Vorlage entworfen. Da gab es aber keine Übereinstimmung mit der Kämmerei. Deswegen gibt es keine Vorlage. Was es gibt, ist der Entwurf einer Vorlage, über den offensichtlich Herr Bacher Kenntnis hat.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Eine weitere Nachfrage. Bitte schön, Herr Houben.

Reinhard Houben (FDP): Herr Streitberger, habe ich das richtig verstanden: Es gibt also Gleichere als Gleiche?

Beigeordneter Bernd Streitberger: Ja.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Herr Uckermann, bitte.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister, stellen Sie meine Redezeit bitte zurück. Ich habe noch die Zeit des Vorredners auf der Anzeige.

(Der Redner bezieht sich auf die Redezeitanzeige am Rednerpult)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Alles klar. Man muss seine Zeit nicht ausnutzen.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, ich möchte die Zeit hier nicht ausnutzen. Aber wer verschwendet denn hier die Zeit? Das war doch eben das beste Beispiel für die Kölner Krankheit, die hier im Stadtrat grassiert: Da kommt jemand ans Rednerpult gesprungen, liest uns etwas vor - das hätte auch ein Nachrichtensprecher tun können -, man ist beeindruckt, der Fraktionsvorsitzende einer Regierungspartei springt auf und bedankt sich beim Vorleser, und alles scheint in Butter zu sein. Aber dann stellt sich heraus, dass offensichtlich aus einem Verwaltungsschreiben wortwörtlich abgeschrieben worden ist. Das Ganze riecht nach Byzantinistik, nach einer gewissen Intrige und das bei einer Sache, die eigentlich - das ist uns doch allen klar - zu den laufenden Aufgaben der Verwaltung gehört. Dann nimmt der CDU-Dezernent, der auch immer an den Sitzungen teilnimmt, dazu Stellung und konkretisiert das Ganze noch. Das ist doch ein Beispiel dafür - man sollte das ins Internet stellen, damit der Bürger einmal sieht, was hier los ist -, das belegt, dass es hier gar nicht um die Sache geht, sondern um Ränkespielchen und eine Shownummer.

Bei so etwas treten wir von der Bürgerbewegung pro Köln auf den Plan. Ich kann natürlich verstehen, dass die Altparteien Angst um ihre Pfründe haben, wenn Satzungen geändert werden. Heute soll ja auch wieder eine Satzung so geändert werden, dass unsere Fraktion nicht in ein Kontrollgremium hineinkommt. Wir decken die Sachen auf. Ich verstehe, warum Sie etwas dagegen haben, dass die Ratssitzungen via Internet live übertragen werden sollen. Aber wir werden das selbstverständlich aufgreifen und es in der Kölner Bevölkerung publik machen. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit ist die erste Runde abgeschlossen. Herr Kienitz, bitte.

Niklas Kienitz (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Vielleicht sollte man auch in den Bezirksvertretungen Internetübertragungen einführen. Dann könnte die Bevölkerung nämlich sehen, welches Schauspiel sich am vergangenen Montag in der Bezirksvertretung Ehrenfeld abgespielt hat. Das wäre sicherlich eine gute Aussage zur politischen Qualität der Mitbewerber vom rechten Rand.

(Beifall bei der CDU)

Aber jetzt zu konkreter Politik und zu Inhalten, meine Damen und Herren. Ich habe eine Frage an Frau Bredehorst. Frau Dezernentin, wir haben hier fachliche Gründe vorgetragen, warum wir diesen Antrag eingebracht haben. Ich möchte Sie fragen, wie Sie das fachlich sehen. Ist es fachlich notwendig, eine Überarbeitung des Landschaftsplans vorzunehmen? Besteht aus Ihrer Sicht Handlungsbedarf?

Lieber Götz Bacher, wenn Sie, wie Sie sagen, inhaltlich mit uns einer Meinung sind, dass es notwendig ist, den Landschaftsplan zu überarbeiten, warum stimmen Sie dann nicht zu?

Noch ein letztes Wort an den Kollegen von den Grünen. Wenn Sie unsere Begründung genauer gelesen hätten, hätten Sie feststellen können, dass wir eine Prüfung und nicht die Abschaffung von Naturschutzgebieten oder sensiblen Bereichen vorschlagen. Wir wollen sensible Bereiche stärken. Aber in einigen Bereichen - ich habe vorhin die Beispiele Porzer Groov und Fühlinger See genannt - stellt sich die Lebenswirklichkeit eben anders dar. Wir regen also an - es ist ja keine Festlegung in der Begründung erfolgt -, die Dinge zu überprüfen.



Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das haben Sie eben schon gesagt. Danke. - Frau Bredehorst, die Frage ging an Sie. - Ich sehe gerade, die Beantwortung will Herr Streitberger übernehmen, bitte, Herr Streitberger.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Kienitz, es wundert Sie wahrscheinlich, dass ich immer antworte. Aber zuständig für den Landschaftsplan bin ich.

(Heiterkeit)

Zuständig für die Umsetzung wesentlicher Inhalte aus dem Landschaftsplan ist das Umweltamt mit der Unteren Naturschutzbehörde, der Unteren Landschaftsbehörde und der Unteren Wasserbehörde, die zum Dezernat von Frau Bredehorst gehören. Deswegen war es auch im Vorfeld der Überarbeitung des Landschaftsplans der Stadt Köln wichtig, dass sich unsere Ämter, nämlich das Amt für Landschaftsplanung und Grünflächen in meinem Dezernat und das Umweltamt im Dezernat von Frau Bredehorst, verständigt haben, wie diese notwendige - damit bestätige ich ausdrücklich das, was Sie, Herr Kienitz, hier vorgetragen haben - Überarbeitung des Landschaftsplans vorgenommen werden muss.

Diese Überarbeitung soll dazu führen, dass die Standards des Landschaftsschutzes in Köln hoch bleiben, dass sie erhalten bleiben, dass die wesentlichen Ziele auch unterstützt werden und dass sie möglicherweise in der Zukunft noch effektiver verfolgt werden können, als es in der Vergangenheit möglich war. Sie soll uns aber gleichzeitig entlasten von einem Verwaltungsaufwand, der - das haben Sie ja in der Begründung Ihres Antrags vorgetragen - in der Sache nicht gerechtfertigt ist und eigentlich nur Kräfte in der Verwaltung bindet.

Wir hatten mit dem Problem zu tun, dass nach ungefähr 20 Jahren ein Revirement des Landschaftsplans, und zwar flächendeckend für das gesamte Stadtgebiet mit Ausnahme der besiedelten Gebiete, in denen der Landschaftsplan automatisch nicht gilt, natürlich auch eine große Aufgabe ist, die mit großen Anstrengungen verbunden ist. Wir haben versucht, dafür zusätzliche Ressourcen sowohl finanzieller als auch personeller Art zu akquirieren. Das ist uns nicht gelungen. Das beinhaltet der Entwurf dieser Vorlage, den Herr Bacher offensichtlich kennt.

Mittlerweile gibt es eine Vereinbarung zwischen den Ämtern und zwischen Frau Bredehorst und

mir, dass wir den Landschaftsplan zusätzlich zum laufenden Geschäft, aber mit eigenem Personal in den nächsten Jahren überarbeiten werden. Das Niveau der Überarbeitung wird also etwas niedriger angesetzt sein. Wir werden nicht das ganz große Revirement machen können; aber wir werden vernünftige Abschnitte bilden, in denen wir den Landschaftsplan überarbeiten. Dann werden wir einen modernen Landschaftsplan vorlegen können, der, wie ich hoffe, effektiver umgesetzt werden kann und zudem die Ressourcen der Verwaltung schont. - Vielen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Streitberger. - Herr Wiener, haben Sie noch eine Frage dazu?

Markus Wiener (pro Köln): Ich habe noch eine Nachfrage an die Verwaltung. Herr Streitberger hat vorhin ganz locker auf Nachfrage der FDP bejaht, es gebe eben gleiche Fraktionen und gleichere Fraktionen. Das heißt also: Es gibt einige Fraktionen, die vorab schon Informationen erhalten, die Einblick in Vorlagen haben, die über Insiderwissen verfügen, das nicht allen Ratsfraktionen gleichermaßen zugänglich ist. Sie alle wissen selbst am besten, dass das natürlich so nicht in Ordnung ist. Das ist auch kein Einzelfall. Bei dem neuerlichen Versuch, den Posten des Stadtkämmerers zu besetzen, kam ebenfalls heraus, dass gewisse Fraktionen Vorabinformationen erhalten haben und andere nicht.

Jetzt folgt die konkrete Frage an Herrn Streitberger oder auch an den Herrn Stadtdirektor: Wie wollen Sie in Zukunft sicherstellen, dass Vorabinformationen über gewisse Vorgänge aus dem Verwaltungsbetrieb wie beispielsweise Vorlagen, die sich noch in Entwicklung befinden, allen Fraktionen zum gleichen Zeitpunkt zur Verfügung gestellt werden? Auf dem informellen Wege funktioniert das anscheinend nicht. Beabsichtigen Sie, hier gewisse Mechanismen einzuführen, die für die Gleichbehandlung aller Fraktionen sorgen, die im Übrigen gesetzlich vorgeschrieben ist?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Wir sammeln zunächst einmal die Fragen zu dem Thema. - Herr Bacher, bitte.

Gotz Bacher (SPD): Die Information hatte nicht nur ich. Sonst hätte die CDU den Antrag nicht in dieser Art und Weise stellen können.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie, Herr Streitberger, die Stellungnahme, die Sie eben abgegeben haben, vorher abgegeben hätten, dann hätte sich diese Diskussion hier erübrigt, dann wären wir schon beim nächsten Tagesordnungspunkt, dann hätten wir schon andere Themen erörtern können.

Sie haben gerade klar dargelegt, dass Sie dabei sind, eine Vorlage zu erarbeiten, die trotz der schwierigen Haushaltssituation mitgezeichnet werden kann und die genau dieselbe Zielsetzung hat wie der vorliegende Antrag. Von daher bitte ich Sie: Machen Sie deutlich, dass es unnötig ist, diesen Antrag jetzt zu beschließen, weil Sie schon dabei sind, diese Vorlage zu erarbeiten, und sie uns in Kürze - sie befindet sich ja schon in Abstimmung mit dem Amt 10 - zukommen lassen werden. Von daher sage ich: Schade, dass Sie vorhin nicht reagiert haben. Das hätte uns das Leben leichter gemacht.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zunächst ein Wort zur Klarstellung von Herrn Streitberger und danach Frau Welcker. - Vor Ihrer Antwort kommen wir noch zu der Nachfrage von Frau Welcker, Herr Streitberger. Dann können Sie kompakt antworten.

Katharina Welcker (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrter Herr Streitberger, ich habe zu dieser Sache noch eine ganz konkrete Nachfrage. Würde ein Beschluss, den wir heute hier fassen, die Angelegenheit beschleunigen und vereinfachen oder nicht? - Vielen Dank.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Er würde es verzögern!)

Beigeordneter Bernd Streitberger: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich lege Wert auf die Feststellung, dass ich die Frage von Herrn Houben nicht beantwortet habe. Herr Wiener, Sie haben gesagt, ich hätte die Frage beantwortet. Ich habe das überhaupt nicht als Frage verstanden, sondern mehr oder weniger als Statement.

Nun komme ich zu dem Wortbeitrag von Herrn Bacher. Herr Bacher, Sie haben völlig recht. Als ich vor etwas mehr als sechs Jahren in Köln anfang, habe ich an dieser Stelle auch sehr oft Statements abgegeben. Die Botschaft, die ich empfangen habe, war, dass ich hier eigentlich nicht

zu reden habe. Das sei der Ort des Rates; der Rat werde seine Anträge schon stellen und darüber diskutieren; wenn wir etwas zu sagen hätten, würden wir gefragt. Das war die Botschaft. Sie ist dann auch bei mir angekommen. Daran habe ich mich dann auch gehalten.

(Beifall von Hans-Werner Bartsch [CDU]  
und Karl-Jürgen Klipper [CDU])

Wie Sie merken, bin ich an dieser Stelle aber auch davon abgewichen.

Zu der Frage von Frau Welcker kann ich nur Folgendes sagen: Ich bin froh, dass wir jetzt auch verwaltungsintern - die Prozesse sind bei uns ja manchmal auch sehr mühsam - so weit sind, dass wir die Geschäftsgrundlage gelegt haben. Das heißt: Wenn das heute beschlossen wird, dann hilft uns das und gibt uns noch einmal Rückenwind, und wenn das nicht beschlossen wird, machen wir es trotzdem.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich glaube, wir sind jetzt durch. Es sind alle Fragen gestellt worden.

(Markus Wiener [pro Köln]: Meine Frage wurde doch in keiner Weise beantwortet! Ich hatte gefragt, ob hier Fraktionen Vorabinformationen erhalten bzw. wie das sein kann und wie man sicherstellen kann, dass dann alle diese Information erhalten!)

- Okay. - Herr Streitberger, noch ein Satz.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Es ist ja wirklich schön, wenn man so viel reden kann. - Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Wiener, erst einmal ist das so wie im richtigen Leben. Es handelt sich um eine sehr große Verwaltung, und meine Erfahrung ist, dass auch mal eine Unterlage in der Straßenbahn liegen bleibt und dann von irgendjemandem gefunden wird.

(Lachen bei Teilen der CDU und der FDP - Reinhard Houben [FDP]: Herr Bacher fährt nicht KVB!)

In diesem Fall gehe ich einmal davon aus, dass das zu einem Zeitpunkt war, als Herr Bacher Vorsitzender des Umweltausschusses war. Und ich halte es für völlig legitim und völlig in Ordnung, wenn zum Beispiel der Amtsleiter bzw. die Amtsleiterin oder der Abteilungsleiter diese Din-

ge auch mit dem Vorsitzenden des zuständigen Ausschusses schon mal vorab erörtert. Darin sehe ich überhaupt kein Problem. Richtig ist, dass man immer deutlich macht: Das ist ein Entwurf; das ist eine Richtung, in die wir wollen; das ist noch nicht vom Oberbürgermeister freigegeben. - Deswegen ist das keine Vorlage. Das habe ich ja auch deutlich gesagt. Es wäre aber fatal, wenn solche Gespräche im Vorfeld nicht möglich wären. Dass mit den Ausschussvorsitzenden solche Dinge verabredet werden, findet auch an anderer Stelle statt, glaube ich.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Vielen Dank, Herr Streitberger. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den unter diesem Tagesordnungspunkt vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion. Wer sich gegen diesen Antrag ausspricht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die FDP, die Fraktion pro Köln, die Fraktion Die Linke, Herr Zimmermann und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Dann kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich rufe auf:

3.1.2 Antrag der FDP Fraktion betreffend „Entsorgung PFT-haltiger Löschmittel aus den Beständen der Kölner Feuerwehr“  
AN/1070/2010

Vorweg bitte ich Herrn Kahlen, eine grundsätzliche Erklärung abzugeben, sodass wir dann wissen, wie wir damit umgehen.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Houben, Sie haben Ihren Antrag auf eine Presseberichterstattung gestützt, in der man die Kölner Feuerwehr als möglichen Verursacher der PFT-Belastungen in Kölner Gewässern identifiziert. Dazu kann ich Ihnen folgende zwei Informationen geben:

Die Berufsfeuerwehr Köln verfügt nur über sogenannte Mehrbereichsschaummittel vom Typ STHAMEX F-15.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Wir wissen alle, was das ist!)

Nach den Herstellerangaben enthält dieses Mehrbereichsschaummittel kein PFT. Auch die in

der Vergangenheit eingesetzten Schaummittel waren nach den Produktangaben des Herstellers PFT-frei. Diese Feststellung gilt auch für den Bereich der freiwilligen Feuerwehren in Köln.

Für den Bereich der Werksfeuerwehren in Köln kann ich Ihnen hier allerdings keine Angaben machen. Da verfügt die Kölner Feuerwehr nicht über die entsprechenden Informationen. - Das ist der derzeitige Stand.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es dazu noch Wortmeldungen? - Ja. Herr Houben, bitte.

Reinhard Houben (FDP): Ich glaube trotzdem, dass wir da noch ein bisschen nachhaken müssen, Herr Oberbürgermeister. - Herr Kahlen, danke für die Beantwortung dieser Fragen. Allerdings würde ich es bei allem Vertrauen in die Aussagen des Zulieferers der Feuerwehr schon begrüßen, wenn wir uns nicht nur darauf verlassen würden, dass der Hersteller dieses Materials sagt, das sei alles in Ordnung. Es wäre vielleicht auch schön, wenn die Feuerwehr das einmal selbst nachprüfen lassen würde; denn wie im Antrag dargestellt, ist die Gesetzeslage so, dass die entsprechenden Produkte zwar nur bis 2008 verkauft werden durften, aber noch bis 2011 genutzt werden können. Deshalb wäre es mir an dieser Stelle schon wichtig, dass man sich hier nicht nur auf die Angaben des Herstellers verlässt. Schließlich haben wir - ich sage das einmal, obwohl ich weiß, dass das hier im Kreise nicht gut ankommt - bei Bioprodukten auch gelernt, dass nicht immer das drin ist, was draußen versprochen wird. Man sollte an dieser Stelle also schon einmal nachhaken.

Zweitens ist für uns natürlich auch die Frage wichtig, wie es mit den Werksfeuerwehren aussieht. Herr Kahlen, eben haben wir vorab darüber gesprochen, dass das in der Verantwortung des Regierungspräsidenten liegt. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn wir als Stadt Köln einmal entsprechend beim Regierungspräsidenten nachfragen würden - und zwar nicht nur für das Regierungspräsidium Köln, sondern bitte auch für das Regierungspräsidium Düsseldorf, weil wir dort diese Problematik unter Umständen über die Werksfeuerwehr in Dormagen ebenfalls haben.

Wenn Sie uns das zusagen könnten, würden wir hier nicht mehr auf einer weiteren Diskussion dieses Antrages bestehen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich wollte Sie auch gerade fragen, ob man das nicht in eine Anfrage ummünzen kann. Dann kann die Verwaltung in der Beantwortung dezidiert dazu Stellung nehmen.

(Stadtdirektor Guido Kahlen: Wir informieren im Gesundheitsausschuss!)

- Ach so. Der Vorschlag von Herrn Kahlen geht in die Richtung, im Gesundheitsausschuss speziell zu diesen Fragestellungen zu informieren - oder auch im Umweltausschuss.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Gesundheit und Umwelt!)

- In beiden Ausschüssen?

(Reinhard Houben [FDP]: Gesundheit und Umwelt, bitte!)

- Gesundheit und Umwelt, ja. - Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Unabhängig von dieser inhaltlichen Frage geht es darum, dass es hier eine Presseberichterstattung gegen unsere Feuerwehr gegeben hat, wie der Stadtdirektor eben gesagt hat. Was hat denn die Stadt Köln getan, um das richtigzustellen? Hat es eine Gegendarstellung gegeben? Hat es eine Pressemitteilung gegeben, um das richtigzustellen? Denn dort sind doch schon erhebliche Vorwürfe erhoben worden, die natürlich bei uns als Politik entsprechende Reaktionen auslösen. Deswegen habe ich die Frage an die Verwaltung, was gegen diese Berichterstattung getan wurde.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Darauf wird Frau Bredehorst direkt eine kurze Antwort geben. Anschließend bekommt Herr Schöppe das Wort.

Beigeordnete Marlis Bredehorst: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Sterck, wir haben ja Pressemitteilungen zur PFT-Belastung im Trinkwasser bzw. im Grundwasser herausgegeben. In unserer entsprechenden Pressemitteilung wurde auf die mutmaßliche Verursachung - nämlich den Löschschaum der Werksfeuerwehren im angrenzenden Shell-Bereich - Bezug genommen. Dieses ist von der Presse nicht missverständlich aufgenommen worden. Vielmehr hat sie den Wortlaut der städtischen Pressemitteilung auch so abgedruckt. Offensichtlich ist es aber vom Antragsteller dahin

gehend missverstanden worden, dass sich dies auf die Berufsfeuerwehr bezieht. Es steht aber nicht falsch - -

(Ralph Sterck [FDP]: Es steht direkt drauf! Der Stadtdirektor hat es ja gerade gesagt!)

- Es steht aber nicht falsch in der Zeitung. Das kann ich noch einmal ausdrücklich sagen. Insofern war eine Berichtigung meines Erachtens auch nicht erforderlich.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Danke schön. - Dann noch Herr Schöppe.

Bernd M. Schöppe (pro Köln): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. - Herr Kahlen, wie ist es zu erklären, dass uns das in der Bezirksvertretung Rodenkirchen von einem Vertreter der Verwaltung anders dargestellt wurde? Ich habe jetzt gerade von Frau Bredehorst gehört, Verursacher seien die Werksfeuerwehren. Das ist ja alles gut und schön. In der Bezirksvertretung Rodenkirchen war aber nicht von der Werksfeuerwehr, sondern allgemein von der Feuerwehr die Rede. War das jetzt ein Missverständnis des Kollegen vor Ort? Oder wieso gibt es da zweierlei Meinungen?

Hier höre ich von der Verwaltung auf einmal, die Feuerwehr in Köln habe kein PFT und brauche kein PFT. Der Vertreter vor Ort in Rodenkirchen sprach aber ganz klar von einem bestehenden Problem und davon, dass es bestimmte Situationen gebe, in denen die Feuerwehr PFT brauche, weil dieser Wirkstoff zum Löschen wohl recht sinnvoll ist. Wenn er dann ins Grundwasser gerät, haben wir aber ein Problem. Es war schon ein recht großes Problem, das dort diskutiert wurde. Jetzt gibt es auf einmal kein PFT. Ich möchte doch gerne einmal wissen, wie diese zweierlei Informationen zustande kommen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir machen es jetzt wie folgt - -

(Stadtdirektor Guido Kahlen: Gesundheitsausschuss und Umweltausschuss!)

- Ja, das wollte ich gerade sagen. - Weil eben signalisiert wurde, dass eine Beantwortung im Gesundheitsausschuss und im Umweltausschuss erfolgen soll, werden wir es so machen, dass wir diese Frage ebenfalls dort behandeln. Ich hoffe, dass Sie damit einverstanden sind.

Dann wird der Antrag zurückgezogen - mit der Maßgabe, die Beantwortung der Fragen im Gesundheitsausschuss und im Umweltausschuss vorzunehmen. Sind Sie damit einverstanden? - Es gibt keine Gegenstimmen. Damit ist das so. Der Antrag ist zurückgezogen.

Wir kommen zu:

3.1.3 Dringlichkeitsantrag der Fraktion pro Köln betreffend „Verschlüsselung von W-LAN-Verbindung in der Stadtverwaltung“ (vorgelegt zur Ratssitzung am 20. Mai 2010)

Stellungnahme der Verwaltung vom 17. Juni 2010  
2469/2010

Gibt es dazu eine Wortmeldung? - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Danke schön, Herr Oberbürgermeister. - Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister, wie Sie beim Aufruf dieses Tagesordnungspunktes richtig gesagt haben, haben wir zur letzten Ratssitzung einen Dringlichkeitsantrag gestellt. Dort ging es in einer Aktuellen Stunde um die Thematik des Abfischens von Daten durch eine amerikanische Internetfirma, die das in großem Stil gemacht hat. Sie fotografiert auch unsere Stadt digital ab und leitet die Daten sofort weiter. Dabei werden auch Daten mit aufgenommen, die man an sich gar nicht verarbeiten will.

Es ist nun einmal so, dass man dieser Firma keinen Vorsatz unterstellen kann. Man darf es ihr aber auch nicht einfach machen. Mit einem simplen Verschlüsseln von Daten ist es nicht mehr möglich, dass so etwas unbeabsichtigt geschieht. Vor diesem Hintergrund ist es uns natürlich wichtig, dass die Daten der Kölner Bevölkerung, die in den Rathäusern vorhanden sind und auch im Rahmen der EDV verarbeitet werden, sicher sind.

Leider ist dieser Dringlichkeitsantrag in der letzten Sitzung abgelehnt worden. Das ist aber der sogenannte Pro-Köln-Effekt.

Wir haben hier eine Tischvorlage vom 17. Juni 2010, also von heute, bekommen, in der mitgeteilt wird, dass die Verwaltung in der Zwischenzeit unserem Anliegen nachgekommen ist. Dafür herzlichen Dank!

(Beifall bei pro Köln)

Wir sehen uns nun einmal als sachorientierte Fraktion. Auch wenn wir hier von den Altparteien blockiert werden, lassen wir nicht locker, uns hier weiter für unsere Bürger einzusetzen, und danken der Stadtverwaltung für das schnelle Handeln. - Herzlichen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Die Frage ist: Wie gehen wir jetzt mit Ihrem Antrag um?

Jörg Uckermann (pro Köln): Lieber Herr Oberbürgermeister, den würden wir sozusagen - -

(Zurufe: Ablehnen!)

- Wieso denn ablehnen? Die Verwaltung hat ihn ja schon erfüllt. Er ist erledigt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit ist, wie Herr Uckermann gerade erklärt hat, der Antrag erledigt. Dann brauchen wir ihn auch nicht zur Abstimmung zu stellen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt, einem weiteren Dringlichkeitsantrag der Fraktion pro Köln, und zwar:

3.1.6 Dringlichkeitsantrag der Fraktion pro Köln betreffend „Zurückweisung der angeblichen Forderung des Oberbürgermeisters, die Mehrwertsteuer zu erhöhen“ (vorgelegt zur Ratssitzung am 20. Mai 2010)

Ich gehe davon aus, dass das ebenfalls - - Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben ja eben schon einiges zur Steuerdebatte gehört - meistens unqualifiziert. Lieber Herr Oberbürgermeister, Sie wissen ja, dass ich Sie persönlich sehr schätze. Ich habe es aber nicht als hilfreich empfunden, dass Sie in der Presse verlautbart haben, dass Sie es befürworten würden, die Mehrwertsteuer um einen Punkt zu erhöhen und diese Mehreinnahmen dann auf die Kommunen zu verteilen.

Wir sind der Meinung, dass wir mittlerweile - so sagt es der Philosoph Peter Sloterdijk - in einer semisozialistischen Kleptokratie leben. Dem kann man sich hier fast anschließen. Ich sage immer eines: Hier haben Leute irgendetwas von

einem Steuersatz von 45 Prozent gefaselt. Helmut Kohl hat immer gesagt, ab 35 Prozent fange der Sozialismus an. Daran sehen wir, wie weit wir hier schon nach links in Richtung DDR gerückt sind, ohne das überhaupt zu merken. Der Bürgerbewegung pro Köln geht es darum, darauf aufmerksam zu machen. Eine solche Steuererhöhung würde ja alle treffen - insbesondere auch die Menschen, die nicht mehr aktiv etwas an ihrem Einkommen verbessern können, zum Beispiel die Rentner und die Pensionäre.

Wir meinen, dass die Stadtverwaltung hier effektiver arbeiten sollte. Kollege Rouhs hat eben schon aufgeführt, wo bei uns die Millionenbeträge regelrecht versickern. Man kann sich in diesem Fall auch Ajatollah Khomeini anschließen, der einmal gesagt hat, ganz Teheran sei ein Sumpf. Ich würde das nicht unbedingt so auf Köln übertragen wollen. Aber wo er recht hat, hat er recht.

Wir sind der Meinung, dass eine Mehrwertsteuererhöhung nicht hilfreich ist. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe, dass das nicht der Fall ist.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag der Fraktion pro Köln ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. Das ist schon wieder ein Antrag von pro Köln, nämlich:

3.1.7 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Köln als Austragungsort des Eurovision Song Contest 2011“  
AN/1032/2010

(Martin Börschel [SPD]: Das ist auch erledigt! Zurückziehen!)

Bitte schön, Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. - Meine Damen und Herren! Irgendjemand muss ja hier arbeiten und Anträge stellen. Wir machen das gerne, und wir machen das gerne auch konstruktiv.

(Beifall bei pro Köln)

Die Fraktion pro Köln möchte Ihnen allen mit diesem Antrag wieder einmal die Möglichkeit geben, sich zwischen einem trotzig-kindischen Kurs der Ausgrenzung einer demokratisch gewählten und legitimierte Fraktion auf der einen Seite und einem vernünftigen Umgang mit sachlichen Anträgen auf der anderen Seite zu entscheiden. Das ist Ihre Entscheidung; denn in der Sache spricht vieles für unseren Antrag, alle Kräfte der Stadtgesellschaft zu mobilisieren, um den Eurovision Song Contest 2011 nach Köln zu holen. Angeblich versteckte ideologische Zielsetzungen - dieser Vorwurf wird sonst ja gerne gegen uns erhoben - wird man in diesem Antrag wohl kaum finden.

Worum geht es pro Köln in diesem Antrag? Wir bitten den Rat der Stadt Köln erstens, offiziell eine Austragung des Eurovision Song Contest 2011 in Köln zu unterstützen. Als Zweites wird der Oberbürgermeister konkret darum gebeten, mit allen möglichen Entscheidungsträgern für dieses Anliegen zu werben. Zum Dritten soll die Verwaltung beauftragt werden, alle organisatorischen und finanziellen Maßnahmen zu ergreifen, die für eine herausragende Durchführung dieses Events erforderlich sind.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist aber kein deutsches Wort!)

- Wir sind da modern.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist doch englisch! Das gibt es doch gar nicht!)

- Herr Börschel, dort, wo es vernünftige Neuerungen gibt, sind wir immer offen für alles. Sie wissen: Wir sind pragmatisch. Im Gegensatz zu den linken Extremisten, mit denen Sie kooperieren, sind wir auf der Basis der Verfassung,

(Beifall bei pro Köln)

und wir machen pragmatische Sachpolitik, Herr Börschel.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Gerne werde ich Ihnen auch erläutern, warum die Fraktion pro Köln und so viele Kölner Bürger davon überzeugt sind, dass Köln der am besten geeignete Standort für dieses Event ist. Köln ist unter den deutschen Metropolen unserer Meinung nach und auch der Meinung vieler Kölner Bürger nach am besten geeignet, dies durchzuführen. Deutschland kann als Siegnation dieses Jahres ja im nächsten Jahr den Standort bestimmen.

Die Stadt Köln hat die allerbesten Voraussetzungen für dieses Festival. Wir können einer breiten Bevölkerung im In- und Ausland die Veranstaltung zugänglich machen. Wir verfügen über die notwendige Infrastruktur, die nötigen Lokalitäten und das richtige weltmännische Flair. Als ausgewiesener Medienstandort verfügt Köln auch über die notwendigen Erfahrungswerte, personellen Ressourcen und Kapazitäten, um eine solche Veranstaltung angemessen durchzuführen und ihr eine vernünftige Form zu geben. In diesem Zusammenhang ist zudem erwähnenswert, dass am deutschen Erfolg des Jahres 2010 Kölner Medienschafter maßgeblich beteiligt waren.

Das ist alles kein Geheimnis. Die diesjährige Preisträgerin Lena wird wohl auch wissen, warum sie jetzt nach Köln zieht. Zu dieser Entscheidung kann man sie nur beglückwünschen. Das sollte uns ein weiterer Ansporn sein, uns für die Ausrichtung dieses Events im Jahre 2011 zu bewerben.

Wir können alle auf den Sieg von Lena beim diesjährigen Eurovision Song Contest stolz sein. Wie stolz könnten wir erst sein, Herr Börschel, wenn wir es zusammen schaffen würden, in einer gemeinsamen Kraftanstrengung dieses Event nach Köln zu holen? Springen Sie doch über Ihren Schatten!

Ich appelliere an Sie alle: Springen Sie bei dieser Sache über Ihren Schatten. Setzen Sie sich für eine vernünftige Sache ein. Setzen Sie sich für eine konstruktive Sache ein. Stimmen Sie für unseren Antrag.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Bewahre! - Martin Börschel [SPD]: Ich  
will kein „Event“! Ich finde „Veranstaltung“  
besser!)

Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gestatten Sie mir, dass ich direkt ein Wort dazu sage, weil ich auch als Oberbürgermeister angesprochen worden bin.

Herr Wiener, wenn Sie am Sonntag, dem 30. Mai 2010, in die Presse geschaut hätten, dann hätten Sie festgestellt, dass sich der Oberbürgermeister bereits eindeutig dafür eingesetzt hat, dass der Eurovision Song Contest 2011 in Köln stattfinden soll.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Es sind bereits die ersten Gespräche geführt worden, sowohl mit BRAINPOOL als auch mit dem Westdeutschen Rundfunk. Die Stabsstelle Medien hat die entsprechenden Kontakte hergestellt.

Das bedeutet, dass alles unternommen wird - auch mit den notwendigen Anstrengungen und dem nötigen Rückenwind, auch vom Gesamtrat -, damit hier eine möglichst positive Entscheidung zugunsten unserer Stadt getroffen wird.

Deswegen meine ich, dass sich Ihr Antrag von selbst erledigt hat.

(Martin Börschel [SPD]: Nicht von selbst! Durch den Oberbürgermeister!)

Es wird intensiv daran gearbeitet.

(Beifall von Ralph Sterck [FDP])

Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister, die Sache hat sich natürlich nicht erledigt. Das ist jetzt eine hervorragende Gelegenheit für den ganzen Rat, noch einmal ein Zeichen der Geschlossenheit zu setzen und ein politisches Signal auszusenden, dass man das mit aller Kraft unterstützt. Deswegen bitte ich darum, unseren Antrag jetzt zur Abstimmung zu stellen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gut. Dann werden wir darüber abstimmen.

Wer spricht sich für diesen Antrag der Fraktion pro Köln aus? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nun kommen wir zu einem weiteren Antrag der Fraktion pro Köln. Ich rufe auf:

3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend  
„Öffentlichkeitskampagne gegen Zwangsheirat“  
AN/1068/2010

Frau Wolter, bitte. - Bitte schön.

Judith Wolter (pro Köln): Danke. - Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht neue Fälle von Zwangsehen in Deutschland - auch in Köln - bekannt werden und der Öffentlichkeit diese Problematik verdeutlichen: junge Mädchen und Frauen, aber auch junge Männer, die von ihrer eigenen Familie gezwungen werden, einen fremden Mann bzw. eine fremde Frau zu heiraten.

Vor diesem Problem dürfen wir als Rat nicht die Augen verschließen,

(Beifall bei pro Köln)

auch wenn es vielleicht politisch unbequem ist, da man sich dabei schnell dem Vorwurf des Schürens von Vorurteilen gegenüber Zuwanderern aussetzt. Doch ist es gewiss nicht ausländerfeindlich, das menschliche Elend zu benennen, das aus archaischen Riten uns fremder Kulturen resultierend zu uns kommt. Und es ist erst recht nicht ausländerfeindlich, sich für die Opfer dieser unseligen Praktiken einzusetzen und Abhilfe schaffen zu wollen.

Genau hier setzt unser Antrag an - für eine lokale Öffentlichkeitskampagne gegen Zwangsheiraten; denn neben den strafrechtlichen Aspekten, die die Polizei und die Staatsanwaltschaft betreffen, kann auf diese Weise auch die Stadt Köln konkret tätig werden, und zwar zum Beispiel mit Informationsbroschüren, Postkartenaktionen, einem Internetauftritt und einer Telefonhotline für Betroffene. Bei Letzterer sollen bedrohte Mädchen, aber auch Jungen über Möglichkeiten und Maßnahmen informiert werden, mit denen ein Schutz sowie Hilfe für die Betroffenen gewährleistet werden können. Zudem sollten die Träger der Jugendhilfe und die Wohlfahrtsverbände natürlich mit in diese PR-Kampagne gegen Zwangsheiraten eingebunden werden.

Wie wichtig das alles ist, sollte den meisten eigentlich klar sein. Wer das alles aber immer noch für eine Lappalie hält, dem möchte ich gerne noch einmal die dramatische Notwendigkeit unseres Antrages verdeutlichen.

Tausende Musliminnen leben in Deutschland unter dem Joch einer Männerherrschaft. Sie erleben Zwangsehen - nicht selten mit ungeliebten oder gar gewalttätigen Ehemännern. Verschleierung, Unterdrückung und schlimmstenfalls Ehrenmorde sind Teil dieser Parallelgesellschaft. Immer mehr muslimische Frauen leiden, weil sie vom Leben um sich herum abgeschnitten sind und weil ihre Männer sie kontrollieren.

Der *Spiegel* schreibt hierzu richtigerweise:

Straftaten wie Vergewaltigung oder Nötigung werden in diesem Zusammenhang so gut wie niemals angezeigt. Nur in sehr seltenen Fällen gelingt es Migrantinnen, sich in ein Frauenhaus oder die Anonymität zu flüchten. Dabei sind die Musliminnen nicht nur Opfer einer brutalen Männerherrschaft, sondern auch eines deutschen Tabus: Andere Kulturen und Religionen sollten nicht kritisiert werden - so der Umkehrschluss aus der bitteren Erfahrung ... der ... NS-Zeit.

Dies kritisieren vor allem Frauen, die sich aus der Unterdrückung durch ihre Familien befreit haben.

Eine davon ist die Schriftstellerin Necla Kelek. Sie suchte den Kontakt zu jungen türkischen Frauen in ganz Deutschland und führte viele Gespräche über deren Situation.

Das Ergebnis ist alarmierend: Die Opfer der Zwangsheiraten sind in den meisten Fällen Mädchen zwischen 14 und 18 Jahren. Ob in Deutschland geboren oder aus der Türkei für die hier lebenden Söhne geholt - sie leben ausschließlich in der Familie des Mannes, dürfen keinen Kontakt zu Deutschen pflegen, unterstehen den strengen Regeln der konservativ-religiösen Tradition und müssen in diesem Geiste auch die Kinder erziehen.

Wir, meine Damen und Herren, dürfen solche Zustände nicht dulden; denn unser Grundgesetz garantiert die Freiheit jedes Menschen und insbesondere die Gleichberechtigung der Frau.

Grausame Morde, sogenannte Ehrenmorde, an Mädchen und Frauen, die sich dieser Praxis zu widersetzen suchen, machen immer wieder deutlich, wie sehr es die Politik versäumt hat, konsequent gegen solche menschenverachtenden Traditionen vorzugehen. Dabei ist jede Zwangsheirat auch ein Anschlag auf die freiheitlichen und demokratischen Werte unserer Gesellschaft.

Dass die Politik bislang geschwiegen hat, hat das Problem verschlimmert. Nur durch eine massive öffentliche Aufklärung, in der die Unterdrückung des Selbstbestimmungsrechts von Frauen und Männern konsequent geächtet wird, kann man diesem Trend langfristig entgegenwirken. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)



Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir, wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen - -

(Bernd M. Schöppe [pro Köln] meldet sich zu Wort)

- Haben Sie eine Frage? Ihre Fraktion hat ja gerade gesprochen. Deswegen können Sie höchstens noch eine Frage stellen.

Bernd M. Schöppe (pro Köln): Ja, gerne. - Herr Oberbürgermeister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Es würde mich doch einmal interessieren, was Frau Kronenberg als Gleichstellungsbeauftragte dazu sagt. Gerade bei einem so brisanten Thema sollten wir einmal nicht einfach in gewohnter Manier zur Abstimmung übergehen. Frau Kronenberg kommt hier ja so selten zu Wort. Wenn wir ein Thema für sie haben, dann ist es doch ein solch heißes Thema! Ich möchte bitte auch hören, was Frau Kronenberg dazu zu sagen hat, ehe der Rat hier wieder in alter Manier abstimmt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Kronenberg.

(Ulrich Breite [FDP]: Er kann nur eine Frage an die Rednerin stellen!)

Gleichstellungsbeauftragte Christine Kronenberg: Was Frau Kronenberg zu sagen hat, hat sie geschrieben. Ich denke, dass Ihre Anfragen sehr hinreichend beantwortet sind. Darüber hinaus ist eigentlich nichts mehr offen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt. Wer für diesen Antrag der Fraktion pro Köln ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer Enthält sich? - Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zu:

3.1.9 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Resolution zum vormaligen Tag der Deutschen Einheit am 17. Juni“ AN/1069/2010

Zu Beginn der Ratssitzung habe ich dazu ja eine Erklärung abgegeben. - Herr Houben, bitte.

Reinhard Houben (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte persönlich zum Ausdruck bringen, dass ich durch Ihre Ausführungen dieses Thema für sehr würdig bearbeitet halte und glaube, dass damit der unter diesem Tagesordnungspunkt vorliegende Antrag als erledigt zu betrachten ist.

(Beifall bei der FDP und der SPD - Jörg Uckermann [pro Köln] meldet sich zu Wort)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann, Sie haben das Recht, Ihren Antrag zu begründen. Dann werden wir schauen, wie wir damit umgehen.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Houben, da ist man ja sehr schockiert. Gut; Ihre FDP war auch Blockpartei in der DDR. Vielleicht wollen Sie deshalb die Resolution, die wir hier vorgelegt haben, nicht hören.

(Beifall von Bernd M. Schöppe [pro Köln] - Widerspruch bei der FDP)

Wir haben hier eine Resolution eingebracht. Wir hatten eine Hauptausschusssitzung. Wir haben eine Besprechung der Fraktionsvorsitzenden. Hätte man dort mit uns gesprochen, hätten wir selbstverständlich gemeinsam mit dem Oberbürgermeister gehandelt. Hätten wir gewusst, dass Sie das hier in dieser würdigen Form vorgetragen würden, wären wir auf Sie zugekommen, Herr Oberbürgermeister.

Wenn ich aber jetzt wieder sehe, was hier los ist, dann habe ich das Gefühl, dass die DDR langsam in Richtung Kölner Rat kommt, meine Damen und Herren.

(Henk van Benthem [CDU]: Jetzt reicht es aber langsam! - Weitere Zurufe)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bitte Sie, mit Ihren Worten zurückhaltend zu sein.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister, Sie schränken hier die Meinungsfreiheit ein.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann, wenn Sie diesen - -

Jörg Uckermann (pro Köln): Ich möchte hier natürlich auch einmal daran erinnern, dass Sie sich erlaubt haben, im Rahmen einer Feierstunde zur Erinnerung an einen Prozess gegen NS-Täter unsere Fraktion zu nennen

(Martin Börschel [SPD]: Sie dürfen den Sitzungsleiter nicht angreifen! Schon wieder eine Rüge!)

und unserer Fraktion dort vorzuwerfen, wir würden ausländergefeindliche und rassistische Reden schwingen.

Herr Oberbürgermeister, ich halte das, was Sie machen, für politische Verleumdung.

(Beifall bei pro Köln)

Das lasse ich mir nicht gefallen. Sie haben nie versucht, mit uns zu sprechen. Das wäre Ihre Aufgabe als Oberbürgermeister. Wir haben uns hier immer als faire Demokraten gezeigt.

(Lachen bei der FDP)

- Natürlich. Das haben wir immer getan. Sie sind anscheinend nur neidisch, weil wir so engagiert sind.

(Erneut Lachen bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann, ich bitte Sie, jetzt zur Sache zu sprechen.

Jörg Uckermann (pro Köln): Ich spreche zur Sache. - Dann werde ich Ihnen diese Resolution hier selbstverständlich auch einmal zu Gehör bringen.

Der Rat der Stadt Köln gedenkt - -

(Reinhard Houben [FDP]: Holen Sie erst einmal Ihre Papiere in der Bezirksvertretung ab, Herr Uckermann!)

- Was haben Sie denn schon wieder, Herr Houben?

(Reinhard Houben [FDP]: Holen Sie erst einmal Ihre Papiere in der Bezirksvertretung ab!)

- Lieber Herr Houben, Sie können gerne einmal zu mir ins Büro kommen. Lassen Sie sich einen Termin geben. Dort rede ich dann sehr gerne mit Ihnen. Wir können gerne gemeinsam singen. Hier sind wir aber im Stadtrat.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann!

Jörg Uckermann (pro Köln): Rufen Sie den mal zur Ordnung! Der stört einen ja.

(Beifall bei pro Köln - Andreas Köhler [CDU]: Mein Gott! Hör doch auf!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bitte Sie, jetzt zur Sache zu sprechen.

Jörg Uckermann (pro Köln): Haben Sie getrunken, Herr Köhler? Oder was ist los?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann, wenn Sie jetzt nicht zur Sache sprechen, erteile ich Ihnen den ersten Ordnungsruf.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister, ich habe ja schon gemerkt, dass das bei Ihnen eine gewisse Willkür ist. Sorgen Sie bitte dafür, dass man hier in würdiger Weise seinen Redebeitrag halten kann, ohne dass man von irgendetwelchen „Gummimenschen“ übertönt wird.

(Andreas Köhler [CDU]: Das ist unglaublich!)

Also:

Der Rat der Stadt Köln gedenkt der stalinistisch-sozialistischen Opfer, die für die Freiheit und Einheit Deutschlands am 17. Juni 1953 ihr Leben ließen.

Übrigens in 500 Städten der damaligen Sowjetischen Besatzungszone gleichzeitig! Im Nachgang dieses Aufruhrs sind 1 700 Menschen von der SED, an der ja auch die SPD mit beteiligt war - -

(Unruhe)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Was?

(Zurufe: Unverschämtheit!)

Jörg Uckermann (pro Köln): Ja. Ich zitiere Oskar Lafontaine. Oskar Lafontaine hat gesagt, die Vereinigung von SPD und KPD sei doch eine freiwillige Angelegenheit gewesen.

(Unruhe)

Ich kann ja nichts dafür, wenn Oskar Lafontaine das sagt. Also war die SPD ein Teil der SED. Das ist eben so.

(Ulrich Breite [FDP]: Geschichtsklitterung ist das!)

- Das ist keine Geschichtsklitterung.

(Ulrich Breite [FDP]: Natürlich!)

Klären Sie das mit dem - -

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Kommen Sie jetzt bitte zur Sache.

Jörg Uckermann (pro Köln):

Es wird uns im Namen der Kölner Bürgerinnen und Bürger ein vornehmes und immerwährendes Ziel sein, dem in der Sowjetischen Besatzungszone unter dem SED-Regime begangenen Unrecht würdig zu gedenken.

Es ist dem Rat der Stadt Köln Verpflichtung und Auftrag, jede Tendenz, die Verbrechen in der ehemaligen DDR zu relativieren und zu verharmlosen, im demokratischen Konsens wehrhaft zurückzudrängen.

Meine Damen und Herren, wie sah das denn aus, bitte schön? Immerhin hat sich die DDR ja auch demokratisch genannt.

(Ulrich Breite [FDP]: Sie tun das ja auch!)

Vom Namen her war sie das. Aber wie erlebe ich es denn hier als frei gewählter Stadtrat? Wenn ich mir Ihr Verhalten ansehe, dass Sie es noch nicht einmal ertragen können, wenn hier jemand eine andere Meinung hat, frage ich mich: Was hätten Sie unter Ihrer Vorgängerregierung in der DDR gemacht? Was hätten Sie da mit Erich Mielke gemacht?

(Beifall bei pro Köln)

Das ist die Sache. Wir brauchen keine Diktatur der Political Correctness.

(Zuruf von Henk van Benthem [CDU])

Wir brauchen hier keine Diktatur der Political Correctness. Wir brauchen keine DDR 2.0.

(Beifall bei pro Köln)

Ich nehme hier für mich und meine Fraktion in Anspruch, meine Rede vorzutragen, ohne dass Sie hier krakeelen, lieber Herr van Benthem. Das muss in dieser Form möglich sein.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Der Einzige, der hier krakeelt, bist du!)

- Ich wusste gar nicht, dass wir uns duzen. Aber wenn Sie das unbedingt wollen, können wir nachher darüber reden.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Kommen Sie bitte zum Abschluss Ihrer Rede.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister, meine Rede ist damit eben zum Abschluss gekommen.

Ich sehe, dass Herr Dr. Elster gerade hier gefilmt hat und das jetzt versendet. Sie sehen, dass dieser Mann also unwahrscheinlich vorbildlich ist. Wenn Sie ein anständiger Sitzungsleiter wären, würden Sie das jetzt sofort unterbinden.

(Beifall bei pro Köln - Henk van Benthem [CDU]: Das geht zu weit! Das ist eine Beleidigung! - Weitere Zurufe)

Aber das dürfen wir bei Ihnen ja nicht erwarten.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Würden Sie jetzt bitte - -

(Jörg Uckermann [pro Köln] verlässt das Rednerpult)

- Okay.

(Henk van Benthem [CDU]: Das darf der?)

Damit ist dieser Antrag begründet. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. - Ja, bitte, Herr van Benthem.

Henk van Benthem (CDU): Herr Oberbürgermeister! Ich möchte zu diesem Wortbeitrag eigentlich nichts weiter sagen. Ich habe nur ein Problem damit, dass wir es uns gefallen lassen, wie unser Sitzungsleiter hier behandelt wird. Es ist allgemein üblich, dass der Oberbürgermeister nicht kritisiert wird.

(Beifall bei der FDP)

Wenn das in einem Wortlaut wie hier getan wird, dann ist das zurückzuweisen. Ich möchte Sie bitten, da einzuschreiten, Herr Oberbürgermeister.

(Reinhard Houben [FDP]: Antrag auf Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Jetzt hat Herr Houben einen Antrag auf Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt gestellt. Gibt es dagegen eine Einwendung? Gibt es eine Einwendung gegen den Antrag der FDP-Fraktion auf Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt? - Herr Uckermann.

(Zurufe)

Jörg Uckermann (pro Köln): Eine Gegenrede. Hier ist ein Antrag gestellt worden. Man wird doch noch eine Gegenrede halten dürfen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ja, Sie dürfen das ja.

Jörg Uckermann (pro Köln): So viel DDR muss nicht sein, Herr Oberbürgermeister.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Jetzt ist aber Schluss! Das ist keine - -

Jörg Uckermann (pro Köln): Das muss hier möglich sein.

(Unruhe)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich erteile Ihnen hiermit einen Ordnungsruf. Sie haben sich weit über - -

Jörg Uckermann (pro Köln): Wir haben ordnungsgemäß einen Antrag gestellt.

Ich verbitte mir auch, dass man mir hier sagt, man dürfe hier gewisse Personen nicht kritisieren. Das war, wie gesagt - - Wir haben eben darüber gesprochen. Erich Honecker durften Sie auch nicht kritisieren.

(Zurufe)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann!

(Zuruf von Volker Görzel [FDP])

Jörg Uckermann (pro Köln): Seien Sie doch still, Herr Görzel. Das nervt einen hier immer. Seien Sie mal still. - Sagen Sie dem mal, dass er still sein soll. Sonst komme ich nach oben und rede dort weiter.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann, ich bitte Sie, jetzt zum Ende Ihres Wortbeitrages zu kommen.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Roters, laut Gemeindeverfassung haben wir eine Besprechung der Fraktionsvorsitzenden, bei der solche Dinge in einem nichtöffentlichen Bereich besprochen werden. Wir achten das Amt des Oberbürgermeisters. Nur würden wir es auch gerne so haben, dass sich - -

(Volker Görzel [FDP] verlässt den Ratsaal)

- Er geht mal pissen, soll ich sagen. Das ist sein Jargon. Herr Görzel hat gerade gesagt, dass er mal pissen geht. Das ist der Jargon der FDP. Und von solchen Leuten lässt man sich hier belehren! Das kann auch nicht sein.

Herr Oberbürgermeister, wenn Ihnen gewisse Zustände im Rat nicht gefallen, dann sind Sie das selbst schuld; denn Sie geben auch nicht die Gelegenheit dazu, dass man die Besprechung der Fraktionsvorsitzenden nutzt, um solche Sachen mit Ihnen auszuräumen.

(Andreas Köhler [CDU]: Jetzt ist es aber gut! - Angela Spizig [Bündnis 90/Die Grünen]: Saft abdrehen! - Weitere Zurufe)

Und ich bleibe dabei: Ich lasse es mir von Ihnen nicht bieten, dass Sie unsere Reden als rassistisch bezeichnen. Das lasse ich mir nicht bieten. Merken Sie sich das.

(Beifall bei pro Köln - Reinhard Houben [FDP]: Rausschmeißen! - Weitere Zurufe)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Uckermann, ich habe Sie jetzt zweimal darauf hingewiesen, dass Sie sich in Ihrer Wortwahl zurücknehmen müssen, und Sie gehen in keiner Weise darauf ein. Ich weise Sie auf Folgendes hin: Wenn ich Ihnen zum dritten Mal einen Ordnungsruf erteile, werde ich darüber entscheiden lassen, dass Sie hier von der Sitzung ausgeschlossen werden. - Das ist jetzt eindeutig.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen, der FDP, der Linken.Köln, Klaus Hoffmann [Kölner Bürger-Bündnis] und Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Wir lassen uns von Ihnen hier nicht auf der Nase herumtanzen. Ich will noch einmal ganz deutlich machen, dass ich dies konsequent umsetzen werde. Daher bitte ich Sie, sich jetzt den Regeln dieses Hauses anzupassen.

Ich gehe davon aus, dass Herr Wiemer auch keine weitere Wortmeldung vornehmen wird.

Markus Wiener (pro Köln): Zum einen heiÙe ich immer noch Herr Wiener und nicht Wiemer. Ich sage auch Herr Oberbürgermeister und nicht Herr OB oder was weiß ich. Wir haben auch Rechte, und Sie müssen sich natürlich auch an eine neutrale Sitzungsleitung gewöhnen.

Ich habe eine Nachfrage, damit wir hier auch keinem Missverständnis unterliegen. Soll das jetzt einen Ordnungsruf oder zwei Ordnungsrufe für Herrn Uckermann bedeuten?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Es war der zweite Ordnungsruf gegen Herrn Uckermann. Und wenn er sich nicht an die Regeln dieses Hauses hält, wird er beim dritten Mal auf Entscheidung des Rates dieses Saales verwiesen.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den Antrag auf Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt. Wer ist für diesen Antrag? - Das sind die SPD, die Grünen, die CDU, die FDP, die Linken, Herr Zimmermann und Herr Hoffmann. Damit ist der Antrag angenommen.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, will ich noch einmal darauf hinweisen - ich sage das jetzt mit allem Nachdruck -, dass ich mir nicht auf der Nase herumtanzen lasse, Herr Uckermann. Ich werde genau beobachten, wie Sie sich jetzt verhalten werden.

(Beifall von Dr. Ralph Elster [CDU] und Ursula Gärtner [CDU])

Wir kommen zu:

3.1.10 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Internetstadt Köln“  
AN/1081/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.Köln  
AN/1166/2010

Wer will dazu das Wort ergreifen? - Frau dos Santos Herrmann.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Köln soll Internetstadt werden - so lautet der Titel unseres Antrages, den wir hier zur Debatte stellen. Das ist ein hoher Anspruch, der mit vielen kleinen Schritten in unterschiedlichsten Bereichen verbunden ist. Dazu zählen Bereiche wie Schule, Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur, Medien und schließlich auch Politik, die das Internet zu Recht intensiv nutzt.

Das Internet hat unsere Welt, unsere Kommunikation, unsere Lebens- und auch Arbeitsweise verändert und verändert sie fast täglich weiter. Es wird aber vielfach nur unter der Sichtweise eines bestimmten Fachressorts diskutiert oder einzelfallbezogen betrachtet. Mit dem Anspruch, Internetstadt oder gar Internethauptstadt zu sein, soll genau das aufgebrochen werden. Es geht um einen umfassenden Begriff mit übergreifender Bedeutung. Letztlich heißt das: Das Internet ist nicht Untergruppe von Medien, nicht Untergruppe von Bildung, nicht Untergruppe der Kultur und nicht Untergruppe der Wirtschaft, sondern Basistechnologie für alle diese Bereiche und Strukturen.

Dass wir damit richtig liegen, haben die vergangenen Monate eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Auf Basis eines 11-Punkte-Programms für die Entwicklung der Internetstadt Köln hat es mehrere Veranstaltungen gegeben - zuletzt ein BarCamp, das viele Menschen aus der Internetzene mit Leben gefüllt haben und das wir als SPD-Fraktion zusammen mit diesen Menschen durchgeführt haben.

Die Ergebnisse dieses BarCamps und das zugrunde liegende 11-Punkte-Papier sind Anfang eines Konzepts, das die Community uns mit auf

den Weg geben möchte. Dieses BarCamp verfolgt zwei Ziele.

Erstens. Der umfassende Ansatz, den wir verfolgen, ist richtig. Es gibt einen erheblichen Handlungsbedarf und auch viele noch zu nutzende Handlungsmöglichkeiten, wenn Köln im Standortwettbewerb zukünftig weiter vorne mitspielen will. Dies bezieht sich wiederum nicht nur auf wirtschaftliche Aspekte. Zwei wichtige Dreh- und Angelpunkte sind hier die Vernetzung der verschiedenen Cluster untereinander und in besonderem Maße die Förderung der Internetkompetenz der Stadtgesellschaft - von Kindern und Jugendlichen bis hin zu Seniorinnen und Senioren. Sie sorgt einerseits für den notwendigen Nährboden für die zukünftigen Entwicklungen. Andererseits rüstet sie insbesondere auch junge Menschen, die manchmal sehr freizügig mit Informationen über sich selbst in Social Networks wie Facebook unterwegs sind, für die dort wie überall im Leben auftretenden Gefahren.

Zweitens. Köln ist hervorragend aufgestellt, um den Schritt in die Champions League des Web nachhaltig zu schaffen. Mit seinem kulturellen Angebot, seiner umfassenden Infrastruktur, seinem Wissenschafts-, Wirtschafts-, Bildungs- und Forschungspotenzial sowie seiner aktiven Creative- und Internetszene hat Köln ideale Voraussetzungen, sehr schnell und vor allem nachhaltig eine führende Position in der Nutzung und Entwicklung von internetbasierten Lebens- und Arbeitsweisen einzunehmen.

Bereits jetzt verfügen wir mit einem hoch leistungsfähigen Glasfasernetz, und zwar bis zu den Endverbrauchern, über eine der am besten ausgebauten Internetinfrastrukturen nicht nur von Deutschland, sondern auch von Europa.

Beim Wettbewerb Medien.NRW dieses Jahres gingen zehn von 16 Preisen in unsere Stadt - zum Beispiel für die Gründung eines 3D-Animationsstudios, für den Aufbau eines Unternehmens für mobile Spiele, für die Entwicklung eines Apps für die Region und für die Entwicklung eines E-Book-Readers.

Zahlreiche Firmen aus den entsprechenden Branchen sind bereits in Köln ansässig. Beispielsweise nenne ich nur Microsoft, Sevenload und HostEurope. Außerdem haben wir die Universität und die Fachhochschule. Letztendlich nicht zu vergessen - wir sollten regional denken - ist auch die räumliche Nähe zu der Universität Bonn und der RWTH Aachen.

Es gilt also, die vorhandenen Potenziale jetzt zu nutzen und zusammenzubinden, um nachhaltige Strukturen und Mechanismen zu schaffen. Der Anspruch an diesen zielgerichteten Entwicklungsauftrag entspricht in seiner Dimension durchaus der in der Mitte der 80er-Jahre formulierten Zielprojektion von der Medienstadt Köln. Wir müssen diese Schritte nun aber schnell und konsequent gehen; denn keine Technologie hat sich bisher so rasant entwickelt und greift so tief in das tägliche Leben ein wie das Internet. Deswegen sollten wir diese Entwicklung nutzen und sie gestalten.

Ich möchte hierzu noch einen Absatz aus der Broschüre „Breitbandstrategie der Bundesregierung“ vorlesen, wenn Sie erlauben.

(Ulrich Breite [FDP]: Welcher Bundesregierung?)

- Manchmal ist es ja okay, was die Bundesregierung herausgibt.

(Beifall bei der FDP und von Dr. Ralph Elster [CDU])

Ich betone: manchmal.

(Martin Börschel [SPD]: Da hast du sie aber glücklich gemacht!)

- Ja. Bei dem vielen Unglück, das sie zurzeit erleben, ist das ja nicht mehr als menschenfreundlich.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen - Beifall bei der FDP - Winrich Granitzka [CDU]: Wir sind ganz glücklich, Frau Kollegin!)

- Das kann ich mir vorstellen. Ich sehe es Ihnen an, Herr Granitzka.

Ich zitiere:

Im internationalen Standortwettbewerb liefern neue Infrastrukturtechnologien einem Land insbesondere dann Vorteile, wenn sie schneller und nachhaltiger als anderswo vorangetrieben werden. Umgekehrt geraten diejenigen Standorte ins Hintertreffen, die diese Technologie nicht oder verzögert zum Einsatz bringen.

Es gilt daher schnell und wirksam zu handeln ...

Für uns in Köln bedeutet das, jetzt die Pfeiler für die Zukunft zu setzen und die Chancen, die sich

durch diese Technologie ergeben, zu nutzen, und zwar für alle Kölnerinnen und Kölner.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang noch eine Anmerkung zum Änderungsantrag der Linken. Die Ansätze, die Sie von den Linken verfolgen, sind zwei einzelne kleine Schritte. Sie gehen in Sachen Prüfung in das Gesamtkonzept ein. Ich glaube, dass wir Ihre Anliegen bereits berücksichtigt haben. Deswegen sagen wir: Das, was Sie als Einzelpunkte vorschlagen, ist in der Sache durchaus richtig. Wir haben diese Punkte allerdings schon im Antrag enthalten und glauben, dass hier eine zusätzliche Beschlussfassung nicht notwendig ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Dr. Welpmann.

Dr. Matthias Welpmann (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Meine Vorrednerin hat die strategische Bedeutung dieses Antrags bereits ausreichend dargestellt. Darauf möchte ich deshalb nicht mehr vertieft eingehen. Im Grunde steht dahinter ja ein weiter Horizont dessen, was wir in Köln und auch darüber hinaus erreichen wollen. Wie gesagt, hat dieser Antrag eine etwas längerfristige Perspektive.

Ich möchte allerdings zwei Punkte hervorheben, die auch explizit im Beschlusstext enthalten sind, die uns aber sehr wichtig sind, weil sie hier in Köln ganz konkret von Bedeutung sind.

Zum einen ist das der Punkt, dass wir das städtische Internetangebot verbessern möchten. Zwar ist das städtische Internetangebot bisher nicht ganz schlecht. Es ist aber sicherlich noch deutlich ausbaufähig. Insbesondere hat es aus meiner persönlichen Sicht auch eine zu geringe Informationstiefe. Ich bekomme dort zwar zu allen möglichen Bereichen Informationen; in der Regel reichen sie aber nicht sehr tief. Dort ist unseres Erachtens durchaus noch erheblicher Verbesserungsbedarf gegeben. Gleichzeitig muss man das Ganze natürlich auch vereinfachen und vereinheitlichen. Auch dort gibt es noch erhebliches Verbesserungspotenzial. Insofern ist es uns sehr wichtig, dass dieser Punkt - das ist der dritte Spiegelstrich auf der zweiten Seite des umgedruckten Textes - genau so beschlossen wird, sodass auch die Stadtverwaltung selber mit gutem Beispiel vorangeht, bevor wir dann über die Stadtverwaltung hinaus entsprechende Ziele for-

mulieren und hoffentlich auch mit Partnern aus Industrie, Verwaltung und Wirtschaft umsetzen können.

Ein zweiter Punkt, der meines Erachtens noch hervorgehoben werden sollte, ist die Frage: Können wir es uns in der aktuellen Haushaltslage eigentlich leisten, einen so weit reichenden Antrag zu beschließen? Kostet das nicht eine Menge Geld? - Wir haben hier eindeutig festgehalten, dass dies mit bestehendem Personal umgesetzt werden muss. Wir können es uns in der Tat nicht erlauben, 20 oder 30 Leute dafür einzustellen. Die Verwaltung kann an dieser Stelle auch nur eine koordinierende Funktion wahrnehmen und natürlich nicht entsprechende technische und sonstige Aktivitäten in der Wirtschaft ersetzen. Hier geht es eigentlich nur darum, diese Kräfte zu bündeln und zu koordinieren - und nicht zuletzt natürlich auch in der eigenen Verwaltung mit gutem Beispiel voranzugehen.

Das sind die beiden Punkte, die ich hier noch einmal hervorheben wollte. Ansonsten halten wir das für einen sinnvollen Ansatz, für den wir um Ihre Unterstützung bitten. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen dann - -

(Claus Ludwig [Die Linke.Köln] meldet sich zu Wort)

- Nein, nacheinander: Herr Dr. Elster, Herr Görzel und dann Herr Ludwig.

(Claus Ludwig [Die Linke.Köln]: Wir haben einen Änderungsantrag gestellt! Deswegen!)

- Ah ja. Das machen wir gleich.

Dr. Ralph Elster (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben jetzt ganz viel übers Internet gehört. Selbstverständlich ist dieses Thema für Köln von herausragender Bedeutung, weil es auch ein zukunftsträchtiges Thema ist, bei dem es um Arbeitsplätze und um Wirtschaftskraft geht. In der Tat ist es außerordentlich wichtig, sich diesem Thema zu nähern.

In der Art und Weise, in der die SPD und die Grünen das hier machen, geht das allerdings nicht, meine Damen und Herren. Das ist wirklich

eine Aneinanderreihung von Allgemeinplätzen. Wir haben erst einmal furchterregende anderthalb Seiten Beschlusstext. Anderthalb Seiten Beschluss werden heute Abend hier gefasst, wenn es nach Rot-Grün geht. Dann gibt es noch anderthalb Seiten Begründung dazu - genauso furchterregend.

Wenn man sich die einzelnen Punkte anguckt, stellt man fest, dass in der Tat Allgemeinplätze aneinandergereiht werden und nur ganz wenig echter Beschlusstext darunter ist. Ich will das an einigen Beispielen deutlich machen.

Lesen Sie sich einmal den zweiten Absatz durch, meine Damen und Herren. Dort steht als erster Satz:

Köln soll sich zu einer Modellstadt mit modernen und fortschrittlichen Internetstrukturen entwickeln.

Ein bedeutungsschwerer Satz! Übersetzt heißt das, dass Köln eine Art Diaspora ist - wie Westeifel oder Nordpfalz - und dass wir im Prinzip jetzt erst einmal lernen müssen, wie das Internet funktioniert. Meine Damen und Herren, Köln ist eine Modellstadt. Wir haben die modernsten Internetstrukturen, die es in Europa überhaupt gibt. Wir gehören zu den Spitzenreitern. Auf gar keinen Fall sollten wir mit solchen Beschlusstexten suggerieren, dass wir hier Nachhilfe nötig hätten. Als ob wir hier Entwicklungshilfe bräuchten! Wir sind im Prinzip heute schon die Spitzenreiter und brauchen das hier nicht noch nachträglich durch rot-grüne Anträge zu beschließen.

(Beifall bei der CDU)

Der nächste Satz schlägt dann wirklich dem Fass den Boden aus. Er beginnt mit den Worten:

Das Internet ist ein Basismedium, ...

Das soll der Rat der Stadt Köln heute Abend beschließen. Was würde das Internet wohl machen, wenn wir diese weise Entscheidung heute Abend nicht trafen? Glauben Sie tatsächlich, dass das Internet sich ohne solche rot-grünen Beschlussvorschläge nicht entsprechend weiterentwickeln kann?

(Heiterkeit bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es ist unglaublich, so etwas in den Beschlussvorschlag hineinzuschreiben. Das hilft wirklich weder dem Internet noch dem Internetstandort Köln.

In diesem Niveau geht es weiter. Nehmen wir den nächsten Absatz. Dort wird der Bill Gates der Kölner Stadtverwaltung erfunden. Das ist dann ein subalternen Mitarbeiter im Amt für Informationsverarbeitung, der das Internet und den ganzen Internet-Salat, den die beiden verantwortlichen Dezernenten, der Stadtdirektor und der Wirtschaftsdezernent, in den letzten Jahren hier in der Stadt angerichtet haben, ordnen soll. Dieser subalterne Mitarbeiter soll jetzt plötzlich als weitere Schnittstelle alle anderen Schnittstellen noch bedienen.

Und was soll das tatsächlich helfen? Andere Organisationen, die vergleichbar groß sind wie die Stadt Köln - wir reden hier von fast 20 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern -, leisten sich ganze Stabsabteilungen, um das Thema „Internet, Internetstrategie, ITK-Strategie“ weiterzuentwickeln. Meine Damen und Herren, Sie hingegen fordern hier einen Mitarbeiter und betonen noch ausdrücklich, dass dies auf gar keine Art und Weise haushaltsrelevant sein darf und dass Sie mit dem bestehenden Stellenplan auskommen. Das ist nicht in die Zukunft gerichtet und unterstützt in keiner Weise die ITK-Metropole Köln.

(Beifall bei der CDU)

Wir fordern, dass das Thema globaler betrachtet wird. Internet - das war vor zehn Jahren. Meine Damen und Herren, die Masse der Dinge, die Sie hier beantragen, kommt zehn Jahre zu spät. Wenn wir uns profilieren wollen, reicht es nicht, einfach das nachzumachen, was Graz, Berlin und viele andere Städte in Europa schon vor fünf Jahren begonnen haben. Wenn wir uns tatsächlich profilieren wollen, müssen wir innovativ sein.

Innovativ können wir dann sein, wenn wir die Gremien, die wir schon vor zehn Jahren installiert haben, weiterhin benutzen - zum Beispiel den Medien- und IT-Rat, [www.koeln.de](http://www.koeln.de) und den Unterausschuss Informations- und Kommunikationstechniken.

(Martin Börschel [SPD]: Sehr visionär!)

Das sind die Gremien, in denen solche Themen eigentlich vorbehandelt werden müssen, um die Fachexpertise beispielsweise der IHK-Unternehmen in der Kölner Region mit in ein Konzept einfließen zu lassen.

Wir wünschen uns - das ist jetzt der letzte Rat, den wir Ihnen erteilen wollen -, dass dieser sehr gute Basisantrag in die entsprechenden Ausschüsse verwiesen wird, damit der Stadtdirektor seine IT-Strategie für die Stadt weiterentwickeln



kann, damit Herr Dr. Walter-Borjans sein Wirtschaftskonzept weiterentwickeln kann und damit wir in der Lage sind, dann zusammen mit den IHK-Ausschüssen eine große ITK-Strategie zu entwickeln; denn das ist es, was die Stadt Köln braucht.

Wir sind keine Internetstadt, meine Damen und Herren; wir sind eine ITK-Stadt, also eine Stadt der Informations- und Telekommunikationsindustrie. Das ist das, was uns hier trägt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Jetzt hat Herr Görzel das Wort. Bitte schön.

Volker Görzel (FDP): Danke schön. - Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer zu spät kommt, dem ist das Leben nicht immer wohl gesonnen. Genau diesen Eindruck hatte ich, als ich den hier vorliegenden Antrag gelesen habe. Herr Kollege Elster, dieser Antrag kommt nicht zehn Jahre, sondern 20 Jahre zu spät. Vor 20 Jahren haben wir uns darüber unterhalten, wie wir die Datenautobahn - damals hieß sie neudeutsch Datenhighway - sozial kompatibel machen können und dafür sorgen können, dass unsere Bürger in den Städten am Datenhighway teilnehmen können. Dieser Antrag erinnert mich an die frühen bzw. mittleren 90er-Jahre. Er hat ein wenig den Geruch und den Staub der mittleren 90er-Jahre.

Ich teile voll und ganz die Auffassung, dass wir nicht per Beschluss oder par ordre du mufti beschließen können, dass Köln die Internetstadt sein soll.

An dieser Stelle ist es auch sehr interessant, sich die Genese dieses Antrags anzuschauen. Frau Kollegin dos Santos Herrmann hat ja darauf hingewiesen, dass die SPD-Fraktion sich seit einiger Zeit ein wenig der Webcommunity annähern - um nicht zu sagen: anbiedern - möchte. Es hat natürlich einen gewissen Schick, von der Community, von Web 2.0 etc. zu sprechen.

Die SPD hatte wenigstens den Mumm, „Internethauptstadt“ auf ihr Programm zu schreiben. Mit „haupt“ und Größe ist das in der Koalition bei den Grünen wahrscheinlich nicht so gut angekommen.

(Angela Spizig [Bündnis 90/Die Grünen]: Was?)

Letztendlich ist dann die Internetstadt übrig geblieben. Meine Damen und Herren, das ist natürlich ein wenig mickrig.

Was ist denn eine Internethauptstadt? Eben habe ich mir im Sitzungssaal die Mühe gemacht und den Begriff Internethauptstadt bei Google eingegeben. Ich bin fündig geworden.

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schrieb in ihrer Ausgabe vom 5. Juni 2010, Frankfurt - wundert's? - sei die Internethauptstadt, weil dort die DENIC-Eintragungen für Deutschland verwaltet würden.

Die eben schon einmal zitierte *Berliner Morgenpost* schrieb am 30. Juni 2009, Bremen sei die Internethauptstadt, weil die individuelle Nutzungsdauer pro Tag dort am höchsten sei.

Weimar schreibt, Weimar sei die Internethauptstadt, weil es das erfrischendste und das mit den meisten Zugriffen versehene E-Government-Portal betreibe.

Hannover ist ebenfalls auf einem Weg, eine IT-Strategie zu entwickeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Walter-Borjans, wenn Sie sehen wollen, wie eine Stadtverwaltung richtig eine ganzheitliche IT-Strategie umsetzt und damit einen sehr großen Wurf macht, dann schauen Sie sich bitte - es tut mir leid, das sagen zu müssen - die Internetsite von Berlin an. Dort sehen Sie auf mehreren Seiten, wie man dort profund, detailliert und intelligent einen Prozess in Gang gesetzt hat.

Dagegen ist der Antrag, über den wir heute befinden, geradezu putzig, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen - putzig!

(Beifall bei der FDP - Jochen Ott [SPD]:  
Das ist die Breite'sche Rednerschule!)

Gleichwohl ist es in der Tat nicht verkehrt, die Segel so zu setzen, dass man die Strategie in die richtige Richtung verfolgt.

Der Antrag springt allerdings viel zu kurz. Was wir im Fokus haben müssen, ist, für Köln, für die Gesellschaft, für die Bürger unserer Stadt innovative Techniken zu fordern. Es ist geradezu lächerlich, zu fordern, die Stadt Köln müsse vor Ort Hotspots errichten. Hotspots sind möglicherweise auch ein Thema von gestern. UMTS und weitere Techniken sind im Kommen. All das offenbart, dass dieser Antrag nicht mit dem nötigen Sachverstand geschrieben wurde.

Gleichwohl zeigt er in die richtige Richtung. Es wäre auch schade, wenn wir uns heute die Gelegenheit entgehen ließen, hier entsprechenden Rückenwind, wie wir ihn als FDP-Fraktion schon immer gefordert haben - ich sage nur: Livestream -, zu schaffen.

Wir müssen noch hinzufügen, dass bei der Internetstrategie auch die Schlüsselbegriffe wie Internetsicherheit, Datenschutz im Netz und Vorratsdatenspeicherung, die allenthalben diskutiert werden, nicht hinten herunterfallen dürfen. Ich bin geradezu enttäuscht von den Kolleginnen und Kollegen der Grünen - von den Kolleginnen und Kollegen der SPD hätte ich es gar nicht erst erwartet -, dass sie diese Begrifflichkeiten wie Sicherheit im Internet und Verbraucherschutz im Internet nicht mit einer Silbe erwähnen. Auch das zeigt, liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen und vor allem der SPD: Dieser Antrag ist nicht auf der Höhe der Zeit.

Um diesen Antrag jedoch als Vehikel zu nutzen und in die Zukunft zu weisen, schlage ich auch vor, dass wir diesen Antrag in verschiedene Fachausschüsse dieses Rates verweisen. Spontan fallen mir der Wirtschaftsausschuss, der AVR und der Kulturausschuss ein. Dort können wir eine ganzheitliche Lösung erarbeiten, die dem Anspruch der Stadt Köln gerecht wird, einen großen Wurf nach vorne in die IT-Zukunft zu schaffen. - Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Herrn Ludwig.

Claus Ludwig (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Letztes Mal war es die FDP mit ihrem Antrag auf Übertragung der Ratssitzungen durch Livestream im Internet, die nicht so richtig Ahnung hatte, was sie genau wollte. Dieses Mal haben SPD und Grüne hier einen Antrag vorgelegt, bei dem wir uns auch nicht ganz des Eindrucks erwehren können, dass es sich dabei um einen Schauantrag handelt; denn so richtig wissen die Antragstellerinnen und Antragsteller nicht, was sie möchten. Es ist vollkommen unklar, was der Schwerpunkt sein soll. Soll die Kompetenz von Nutzerinnen und Nutzern gestärkt werden? Geht es in erster Linie um die Ansiedlung von wirtschaftlich tätigen Unternehmen im Internetbereich? Irgendwie ist dort alles mit hineingewurs-

telt - vor allen Dingen auch die Idee, dass der Rat der Stadt Köln beschließt, dass das Internetangebot der Stadt verbessert werden soll. Ich denke nicht, dass das eine Frage ist, die in politischen Gremien entschieden werden muss. Man kann die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Verwaltung schon daran arbeiten lassen, das Angebot zu verbessern.

Trotzdem wird nach unserer Meinung so richtig Schaden dadurch nicht angerichtet. Ein Gesamtkonzept kann eigentlich nie schaden.

Deswegen wollen wir diesen Antrag mit unserem Änderungsantrag konkretisieren. Sie sprechen in Ihrem Antrag nämlich von mehr Internetkompetenz in allen gesellschaftlichen Bereichen und gleichberechtigter Teilhabe an Bildung, Fortbildung und Information. Dann muss man natürlich auch ein wenig über die Mittel reden, mit denen man dahin kommt. Man kommt nur dahin, wenn man überlegt: Was ist dafür eigentlich in öffentlichen Einrichtungen bzw. in Bildungseinrichtungen notwendig? Wie viel Geld muss man dafür in die Hand nehmen? Oder welche Strukturen müsste man verändern?

Und wie geht man mit der Frage von Kosten um, die ja auch nicht ganz irrelevant ist? Wenn man gleichberechtigte Teilhabe für Leute, die keine so gute Bildungssituation und nicht so viel Geld haben, fordert, dann muss man auch über Tarife und Gebühren nachdenken. Wir wollen auch nicht vorschlagen, das alles jetzt zu bezahlen und das Geld auszugeben. Schließlich sind wir nicht die FDP, die das Geld beim letzten Mal schon ausgeben wollte, bevor sie überhaupt wusste, was eigentlich Sache ist.

Diese Fragen muss man bei der Erarbeitung eines Gesamtkonzepts aber mit einbeziehen. Unserer Meinung nach macht dieser Antrag, wenn überhaupt, dann nur mit unseren konkreten Änderungsvorschlägen Sinn, nämlich der Darstellung notwendiger Investitionen in öffentliche Einrichtungen, insbesondere in Bildungseinrichtungen, und der Förderung durch preiswerte Gebühren und Tarife, gegebenenfalls auch Investitionshilfen. Wenn diese Punkte nicht aufgenommen werden, bleibt es doch eher ein Schauantrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Ludwig. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Es liegen folgende Anträge vor: ein Verweisungsan-

trag sowohl der CDU als auch der FDP in die zuständigen Ausschüsse, ein Änderungsantrag der Linken und der Antrag von SPD und Grünen.

Der weitestgehende Antrag ist der auf Verweisung in die Ausschüsse. Wer spricht sich für die Verweisung in die entsprechenden Ausschüsse aus? - Das sind die CDU, die FDP, pro Köln, die Fraktion Die Linke, Herr Hoffmann und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Zur Kontrolle frage ich noch: Wer ist gegen die Verweisung in die Ausschüsse? - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen und der Oberbürgermeister. Damit ist der Antrag auf Verweisung abgelehnt.

Nun kommen wir zum Änderungsantrag der Linken. Wer gegen den Änderungsantrag der Linken, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die CDU, die FDP und pro Köln. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum Antrag von SPD und Grünen. Wer für diesen Antrag von SPD und Grünen ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen, die FDP, Herr Zimmermann und der Oberbürgermeister. Damit ist der Antrag so angenommen.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Fragen Sie noch nach Enthaltungen und Gegenstimmen?)

- Ach so; Entschuldigung, dass nicht danach gefragt worden ist. - Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen bei den Linken, bei der CDU, bei pro Köln und von Herrn Hoffmann. Damit ist der Antrag im Ergebnis aber angenommen.

Dann rufe ich auf:

3.1.11 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion betreffend „Fortführung der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Beratungsstelle des Gesundheitsamtes“  
AN/1115/2010

Dazu bitte ich zunächst Herrn Kahlen um eine Information, die für die Beratungen hier im Rat von Wichtigkeit sein kann. Herr Kahlen, bitte.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte Ihnen das Ergebnis des Prüfauftrages bekannt geben. Der Gesundheitsausschuss hatte uns in seiner letzten Sitzung, wie von den antragstellenden Fraktionen schon gesagt worden ist, beauftragt zu prüfen, welche

Möglichkeiten es gibt, die Arbeit dieser kinder- und jugendpsychiatrischen Beratungsstelle über den Termin hinaus fortzuführen - einer der Beschäftigten hat einen befristeten Vertrag bis zum 30. Juni 2010.

Das Ergebnis unserer Prüfung lautet: Wir sind in der Lage, die Arbeit dieser Beratungsstelle mit der Ärztin und zwei Stellen bis zum Jahresende fortzuführen. Die Entscheidung über die weitere Arbeit dieser Beratungsstelle kann in den Stellenplanberatungen, die im Rahmen der Haushaltsplanberatungen erfolgen, getroffen werden. Sie können also bei den Beratungen über den Stellenplan auch die Fortführung des Projekts in der entsprechenden personellen Besetzung beschließen. Von daher ist es, glaube ich, nicht mehr notwendig, über diesen Antrag zu entscheiden.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Granitzka, bitte.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Im Lichte dessen, was Stadtdirektor Kahlen jetzt gesagt hat, ziehen wir den Antrag zurück. - Danke.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Danke schön.

Tagesordnungspunkt 3.1.12:

3.1.12 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion betreffend „Abschlagszahlungen für das 3. Quartal“  
AN/1134/2010

Stellungnahme der Verwaltung vom  
16.06.2010  
2551/2010

Auch dazu liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Liegt schriftlich vor!)

- Eine schriftliche Stellungnahme. Das ist richtig. - Gibt es dazu noch Nachfragen? - Herr Klipper.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Uns ging es vor allem um Planungssicherheit für die Akteure in dem gesamten Bereich. Deswegen waren wir ein bisschen überrascht, dass dazu kein Antrag eingebracht worden ist; denn in der Sitzung am 22. März hatten sowohl wir als auch SPD und Grüne zum Ausdruck gebracht, dass dafür ein Ratsbeschluss erforderlich ist. Damals hatten wir allerdings noch die Situation, dass der Haushalt eingebracht worden war. Heute ist das anders: Wir haben keinen eingebrachten Haushalt; wir haben nichts. Deswegen kann die Verwaltung das jetzt in freiem Ermessen beschließen. Es ist für uns ein bisschen befremdlich, dass das so abgelaufen ist; denn Sie, Herr Oberbürgermeister, hätten eigentlich beanstanden müssen, dass dafür ein Ratsbeschluss erforderlich ist. Aber ich will jetzt nicht auf die Vergangenheit im Einzelnen eingehen; mir geht es um die Zukunft.

Es wäre gut, wenn Sie, Herr Oberbürgermeister, klarstellen und das auch zu Protokoll geben, dass für alle freien Träger, die wir haben, auf einer noch zu definierenden Basis - es gibt ja keinen Haushalt; wir wissen nicht, was da hereinkommt - sichergestellt ist, dass sie fortbestehen können. Ich erinnere in diesem Zusammenhang - Sie werden es mir verzeihen - auch an die TAS.

(Michael Zimmermann [SPD]: Einschließlich der TAS!)

- Genau, einschließlich der TAS. Deswegen sage ich ja, mir geht es auch um die TAS. - Ich bitte Sie, das zu Protokoll geben. Der Fraktionsvorsitzende hat eben gesagt, er könne sonst nicht nach Hause gehen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, darauf nehmen wir auch Rücksicht!)

Wenn Sie unserer Bitte nachkommen und zu Protokoll geben, dass alle Akteure, die derzeit Projekte durchführen, einschließlich der TAS weiterhin Unterstützung erhalten, wären wir damit einverstanden. Wenn der Herr Kämmerer oder Sie, Herr Oberbürgermeister, das zusagen, würden wir auch diesen Antrag zurückziehen; denn dann hätten wir die Zielsetzung, die wir mit dem Antrag verfolgen, erreicht.

(Martin Börschel [SPD]: Bitte wörtlich protokollieren!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir können die Erklärung und Ihre Forderung in der Tat auch so zu Protokoll geben. Es wird in der richtigen

und fairen Entscheidung der Verwaltung liegen, in differenzierter Form die entsprechenden Umsetzungen vorzunehmen, einschließlich der TAS. Das wird hier noch einmal extra zum Ausdruck gebracht.

(Winrich Granitzka [CDU]: Dann ziehen wir jetzt den Antrag zurück, Herr Oberbürgermeister!)

- Gut. Der Antrag wird zurückgezogen.

(Beifall - Martin Börschel [SPD]: Dann kann sich Herr Klipper auf dem nächsten Familienfest wieder sehen lassen! - Heiterkeit)

- Sie hören, das findet Beifall auf breiter Ebene.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Ich will an dieser Stelle mit aller Deutlichkeit darauf hinweisen, dass laut unserer Geschäftsordnung ausschließlich zwei Nachfragen des jeweiligen Fragestellers zugelassen sind.

Zu Tagesordnungspunkt 4.2:

4.2 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend „Hausbesetzung in Kalk“ AN/1088/2010

Antwort der Verwaltung vom 16.06.2010  
2475/2010

Gibt es dazu Nachfragen? - Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Es geht um die Anfrage zur linksextremen Hausbesetzung in Kalk. Wir hatten konkret nach Ordnungswidrigkeiten wie Graffiti und linksextremen Aufklebern im Umfeld des besetzten Zentrums in der Wiersbergstraße gefragt. Darauf wurde uns geantwortet: „Bislang konnten entsprechende Ordnungswidrigkeiten der Hausbesetzer nicht festgestellt beziehungsweise diesem Personenkreis nicht zugeordnet werden.“

Ich will jetzt noch einmal konkret nachfragen, ob das bedeutet, dass überhaupt nichts festgestellt wurde, oder ob das bedeutet, dass eben nur nichts konkret zugeordnet werden konnte. Uns liegen nämlich Berichte von Anwohnern vor, die besagen, dass es dort zu massiven Ordnungswidrigkeiten wie Graffiti, Aufkleber etc. kommt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dazu spricht Herr Kahlen, bitte.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben in der Tat bestimmte Sachen feststellen können, die aber nicht zugeordnet werden konnten. Genau so steht es auch in der Antwort.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Nachfragen dazu? Eine weitere Nachfrage wäre noch möglich, aber nur vonseiten des Antragstellers. - Es gibt keine weiteren Nachfragen.

Zu Tagesordnungspunkt 4.3:

4.3 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend „Unregelmäßigkeiten beim neuen Auswahlverfahren für den Stadtkämmerer“ AN/1125/2010

Gibt es dazu Nachfragen? - Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Uns liegt die Antwort nicht vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Die Antwort kann mündlich gegeben werden.

Markus Wiener (pro Köln): Dann bitte ich darum.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Wiener, Sie gehen in Ihrer Anfrage von Sachverhalten aus, die nicht den Tatsachen entsprechen. Zwangsläufig können auch die Fragen nicht beantwortet werden.

Ich darf Ihnen Folgendes erklären: Die Verwaltung hat innerhalb der Bewerbungsfrist bis Freitag, den 11. September, keinerlei Unterlagen herausgegeben und auch keinerlei Informationen zu dem Verfahren gegeben.

Zu Ihrer Frage nach den Konsequenzen: Sie haben mitbekommen, dass es ein entsprechendes Schreiben des Regierungspräsidenten gab. Der Oberbürgermeister hat dieses Verfahren aufgehoben und Sie auch darüber informiert. In der Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters wird auch darauf verwiesen, dass eine Person, die sich beworben hatte und die die Funktion des

Kämmerers/der Kämmerin wahrnimmt, einschließlich der allgemeinen Vertretung des Hauptverwaltungsbeamten, im Hinblick auf diese Veröffentlichungen ihre Bewerbung zurückgezogen hat. Der Oberbürgermeister hat in der Presseerklärung auch darauf hingewiesen, dass eine Kandidatin/ein Kandidat diese Information zum Anlass genommen hat, sowohl bei der Bezirksregierung als auch beim Oberbürgermeister nach den Konsequenzen zu fragen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Haben Sie eine Nachfrage? - Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Ich habe zwei konkrete Nachfragen. Sie sagen also, offiziell seien keine Informationen herausgegeben worden. Dann frage ich Sie: Wie erklären Sie sich, dass in der Presse berichtet wurde, Rot-Grün habe sich schon auf einen Kandidaten festgelegt? Wie erklären Sie sich dieses offensichtliche Leck? Sind Sie dem schon auf der Spur?

Die zweite Nachfrage betrifft Frage 3 unserer Anfrage und ist ganz konkret - da geht es nicht um Sachverhalte, die vorausgesetzt werden -: Wer ist der Verantwortliche aufseiten der Stadtverwaltung für die Aufbewahrung und die Zugänglichkeit der Bewerbungsunterlagen? Es muss ja einen oder mehrere namentlich Verantwortliche geben. Damit hätte man schon den Anfang einer Spur, die man dann weiter verfolgen kann.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Stadtdirektor, bitte.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Wiener, auch bei Ihrer Zusatzfrage gehen Sie von einer falschen Annahme aus. Den Sachverhalt, den Sie zugrunde legen, kann ich nirgendwo bestätigt finden.

Ich wiederhole - damit komme ich auf die Frage 3 -: Ich bin innerhalb der Stadtverwaltung für dieses Verfahren verantwortlich. Die Bewerberinnen und Bewerber waren gebeten worden, ihre Unterlagen einer Kollegin im Personalamt zuzusenden. Als Verantwortlicher für das Verfahren sage ich Ihnen: Wir haben keine Unterlagen herausgegeben, und wir haben an keine Fraktion oder an Einzelmandatsträger Informationen zur Bewerberlage gegeben.

(Markus Wiener [pro Köln]: Also sind Sie das Leck!)

- Ich bin der Verantwortliche.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sie haben bereits zwei Nachfragen gestellt. Unsere Geschäftsordnung sieht vor, dass nur zwei Nachfragen zulässig sind. Damit hat sich dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Zu Tagesordnungspunkt 4.4:

4.4 Anfrage von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler - Kölner Bürger-Bündnis) betreffend „Aufstellung von Notfallplänen für Kitas in Köln“ AN/1130/2010

Antwort der Verwaltung vom 16.06.2010  
2525/2010

Haben Sie noch Nachfragen dazu, Herr Hoffmann? - Bitte.

Klaus Hoffmann (Freie Wähler - Kölner Bürger-Bündnis): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe eine Frage an die Verwaltung. In Ihrer Antwort ist von Sicherheitskonzepten die Rede. Sind diese identisch mit den Notfallplänen? Die Anfrage zielte darauf ab, zu erfahren, ob Notfallpläne existieren. Sind die Notfallpläne in den Sicherheitskonzepten enthalten? Sicherheitskonzepte wirken unserer Meinung nach eher präventiv. Oder sind sie auch auf Notfälle ausgelegt? - Das ist meine erste Frage. Wenn Sie sie nicht sofort beantworten können, können Sie die Antwort auch nachreichen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dem entnehme ich, dass Sie noch eine weitere Nachfrage haben.

Klaus Hoffmann (Freie Wähler - Kölner Bürger-Bündnis): Ja, ich habe noch eine zweite Nachfrage. - Ich verstehe nicht, dass man von der Einrichtung einer Lautsprecherdurchsage absehen will. Das wird damit begründet, dass eine Durchsage in einer solchen Situation eher Panik verursachen würde. Da bin ich anderer Meinung. Diese Durchsagen müssen ja nicht so gestaltet sein, dass die Kinder in Panik geraten. In Schulen zum Beispiel erfolgen solche Durchsagen verschlüsselt. Dadurch kann der Hinweis durchgegeben werden, sich zu verbarrikadieren. Ich

finde es wichtig, dass das auch in Kindertagesstätten zur Anwendung kommt. Gerade eine solche Durchsage finde ich wichtig, damit sich die Betreuerinnen und Betreuer bei einem Angriff auf eine Kindertagesstätte - das ist ja schon passiert - richtig verhalten können. - Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Hoffmann. - Frau Dr. Klein wird auf Ihre Fragen antworten, soweit das im Moment möglich ist.

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Hoffmann, Notfallpläne sind Bestandteil der sehr umfangreichen und sehr detaillierten Sicherheitskonzepte.

Zu Ihrer Frage nach der Lautsprecherdurchsage: Wir haben uns anders als in anderen Bereichen, wie zum Beispiel dem schulischen Bereich, gegen Lautsprecherdurchsagen entschieden. Kita-Kinder sind mit ihren Erzieherinnen und Erziehern in kleineren Gruppenverbänden zusammen als beispielsweise Kinder einer Schulklasse. Kita-Kinder reagieren aus unserer Sicht auch sehr viel vernünftiger und sind besser zu führen, wenn sie in einer Notfallsituation von dem ihnen vertrauten Personal behutsam geführt werden, als wenn von einem Externen mitten in die Gruppe hinein eine entsprechende Lautsprecheransage gemacht wird. Auf dieser pädagogischen Grundlage haben wir das Konzept zusammen mit den Erzieherinnen und Erziehern, den Leitungen der Kitas und dem Jugendamt erarbeitet. Das ist weitgehend abgestimmt

Ich glaube, das Thema ist ein weites Feld. Man reduziert es sehr gerne auf Lautsprecher oder Klingeltöne. Wichtiger sind jedoch Präventionskonzepte. Beispielsweise dürfen die Anlagen nicht frei zugänglich sein; das haben wir unserer Antwort beschrieben. Ich möchte Ihnen aber das Angebot machen, diese und vielleicht noch einzelne weitere Fragen im direkten Gespräch mit dem Jugendamt zu klären. Dann können wir Ihnen das detaillierter darlegen als in der Ratssitzung.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Dr. Klein. - Ich gehe davon aus, dass Ihrem Anliegen damit Genüge getan worden ist.

Zu Tagesordnungspunkt 4.5:

- 4.5 Anfrage von Ratsmitglied Klaus Hoffmann (Freie Wähler - Kölner Bürger-Bündnis) betreffend „Haushaltssicherungskonzept / Bürgerhaushalt“ AN/1131/2010

Antwort der Verwaltung vom 16.06.2010  
2548/2010

Auch dazu liegt die schriftliche Antwort der Verwaltung vor. - Ich sehe, es gibt keine Nachfragen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

## 6 Ortsrecht

### 6.1 Satzungen

Zu Tagesordnungspunkt 6.1.1:

- 6.1.1 Satzung zur Festlegung abweichender Zeiträume für die Durchführung der Dichtungsprüfung von privaten Abwasserleitungen gemäß § 61 a Abs. 3 bis 5 Landeswassergesetz  
hier: 2. Fristensatzung  
1982/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir direkt abstimmen. Wer gegen diesen Beschlussvorschlag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Dagegen ist niemand. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist die Vorlage so beschlossen.

### 6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

Zu Tagesordnungspunkt 6.3.2:

- 6.3.1 Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2010 vom 18.12.2009 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in verschiedenen Kölner Stadtteilen  
1570/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer gegen diese Beschlussvorlage ist, bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Damit ist sie so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 6.3.2:

- 6.3.2 Hochwasserschutzzonenverordnung  
Sürthermühle bis Pflasterhof  
0385/2010

Abstimmung wie im AVR. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Görzel, bitte.

Volker Görzel (FDP): Herr Oberbürgermeister! Bereits im AVR hatte meine Fraktion nachgefragt, ob es auf Grundlage der hier zu beschließenden Hochwasserschutzzonenverordnung die Möglichkeit gibt, Angehörigen von beispielsweise zu pflegenden Personen, älteren Personen, Kindern etc. ohne Weiteres der Zugang zu diesen Personen zu gestatten. Im AVR hat sich die Verwaltung bemüht, diese Bedenken auszuräumen.

Eine weitere Nachfrage zum gleichen Thema in der Bezirksregierung Rodenkirchen, die in ähnliche Richtung zielte, wurde seitens der Fachverwaltung nach hiesiger Kenntnis mit der Äußerung: „Da finden wir schon eine kölsche Lösung“ beiseitegeschoben. Diese „kölsche Lösung“ hat uns leider bis heute noch nicht überzeugt.

Die Verwaltung sagte dann sinngemäß zu, dass sie einen Maßnahmenkatalog erarbeiten wolle, wie möglicherweise etwaige Gefährdungslagen ausgeschlossen werden können. Auch das überzeugt uns nicht. Uns allen ist bekannt, dass das bei einer solchen Maßnahme eingesetzte Wach- und Sicherheitspersonal privater Firmen niemanden durchlässt.

Aus unserer Sicht ist der gesamte Komplex vonseiten der Verwaltung nicht zu unserer Zufriedenheit gelöst worden, sodass wir dieser Vorlage und auch den nachfolgenden, fast gleich lautenden, mutatis mutandis Verordnungen nicht zustimmen können. Meine Fraktion wird sich hier enthalten.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Stadtdirektor, bitte.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Görzel, wir haben ja den Auftrag der Bezirksvertretung Rodenkirchen auch im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen als Aufgabe für uns übernommen. Sie können feststellen, dass Bürgerinformationen über die Inhalte der Verordnung, aber auch über deren Anwendung gesammelt werden. Die betroffenen Haushalte werden über ein Faltblatt informiert. Uns ist extra aufgegeben worden, die Anwendung der Verordnung gegenüber den in der Gefahrenzone wohnenden Bürgern tolerant auszulegen. Da noch keine praktischen Erfahrungen vorliegen, ist ein flexibler Umgang mit den Vorschriften erforderlich. Ich glaube, dass wir hier genügend Aufträge haben, um dann tatsächlich auch im Dialog mit den Betroffenen in

diesen vier Zonen zu den Lösungen zu kommen. Das kann man auch anders als eine „kölische Lösung“ bezeichnen; kundenorientiert und gefahrenorientiert trifft es eher. Gehen Sie bitte davon aus, dass wir hier zu einer Lösung auch mit den Haushalten kommen werden.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Schöppe.

Bernd M. Schöppe (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Görzel, ich bedanke mich für Ihren Beitrag, obwohl, wie ich sehe, Ihre Fraktion im AVR zugestimmt hat. Unsere Fraktion hat sich da als einzige enthalten. Es ist schön, dass Sie sich jetzt uns anschließen wollen. Ihr Kollege in der Bezirksvertretung Rodenkirchen, in der auch ich sitze, hat wirklich gute Arbeit geleistet und viele Anregungen gegeben, denen ich nur zustimmen kann.

Sie, Herr Kahlen, haben gerade aus dem Änderungsantrag zitiert, leider aber Punkt 3 nicht richtig wiedergegeben. Da ist davon die Rede, dass die Verordnung gegenüber den Leuten, die dort wohnen, tolerant angewandt werden soll. Das sind aber nicht diejenigen, die zur Pflege ihrer Eltern oder anderer Personen dorthin kommen. Diese Menschen wohnen dort nicht. Das heißt, das geht an der Sache vorbei.

Die Punkte 1 und 2 sind aus unserer Sicht klar. Sie haben schon im AVR unsere Zustimmung gefunden. Diesen Punkten würden wir auch jetzt zustimmen, wenn sie einzeln abgestimmt würden - natürlich sollen die Leute informiert werden, gar keine Frage.

Punkt 3 aber hinkt. Zum einen geht es um die Leute, die dorthin kommen, um ihre Angehörigen zu pflegen. In Punkt 3 ist von diesen Menschen jedoch gar keine Rede, sondern ausschließlich von denjenigen, die dort wohnen. Zum anderen heißt es da, man werde tolerant und flexibel agieren. Entweder wir beschließen eine Verordnung, quasi ein Gesetz auf kommunaler Ebene, oder wir beschließen sie nicht. Wenn hier von vornherein eine Verordnung beschlossen werden soll, die flexibel und tolerant gehandhabt werden soll, wird doch der Willkür Tür und Tor geöffnet.

Im Eingangsstatement des Oberbürgermeisters ging es um das Thema 17. Juni und die Willkürherrschaft jenseits der Elbe. Wir wollen hier keine DDR 2.0; das will ich bei der Gelegenheit auch einmal sagen. Wir wollen keine Willkürherr-

schaft. Wenn man von vornherein sagt, dass eine Verordnung tolerant und flexibel angewandt werden soll, dann kann man sie sich auch schenken. Wir sehen zwar ein, dass wir eine Verordnung brauchen. Aber diese Verordnung kann aus den vorgenannten Gründen nicht unsere Zustimmung finden.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Houben, bitte.

Reinhard Houben (FDP): Ich will es einmal andersherum versuchen. Herr Kahlen, könnten Sie sich vorstellen, dass wir für diese Hochwasserschutzgebiete eine ähnliche Lösung finden wie im Umfeld des Müngersdorfer Stadions. Dort erhalten die Anwohner sogenannte Einfuhrgutscheine, damit zum Beispiel Besuch auch während eines FC-Spiels in diese Gebiete herein kann. Das ist eine Anregung an die Verwaltung.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Stadtdirektor, bitte.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Wir nehmen immer gerne gute Anregungen an. Wir nehmen das mit herein.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer gegen diese Beschlussvorlage ist, bitte ich um das Handzeichen. - Keiner. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist die Vorlage so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 6.3.3:

6.3.3 Hochwasserschutzzonenvorordnung Weißer Bogen  
0386/2010

Das ist eine vergleichbare Problematik.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer gegen diese Beschlussvorlage ist, bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist die Vorlage so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 6.3.4:

6.3.4 Hochwasserschutzzonenvorordnung Marienburg - Bayenthal



0530/2010

Abstimmung wie im AVR vorgelegt und beschlossen. Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen diese Beschlussvorlage? - Wer enthält sich? - Enthaltung der Fraktion pro Köln. Damit so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 6.3.5:

6.3.5 Hochwasserschutzzonenverordnung Godesdorf-Sürth  
1396/2009

Ebenfalls Abstimmung wie im AVR. Ich sehe keine Wortmeldungen. Wer ist gegen diese Vorlage? - Niemand. Wer enthält sich? - Enthaltung der Fraktion pro Köln. Damit so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 6.3.6:

6.3.6 Hochwasserschutzzonenverordnung Uferstraße/Auenweg Rodenkirchen  
1405/2009

Abstimmung wie BV 2. Gibt es Wortmeldungen? - Herr Schöppe, bitte.

Bernd M. Schöppe (pro Köln): Ich will bei dieser Gelegenheit noch einmal klarstellen, dass meine Wortmeldung zu der ersten zu beschließenden Verordnung sich natürlich auch auf die folgenden, also auch auf die jetzt zur Abstimmung stehende bezieht.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das ist registriert worden, weil es sich ja um vergleichbare Sachverhalte handelt.

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist gegen diese Beschlussvorlage? - Wer enthält sich? - Enthaltung der Fraktion pro Köln. Damit so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

7 Unterrichtung des Rates über die vom Kämmerer/Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen für das Hj. 2010 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2008/2009 in analoger Anwendung  
1993/2010

Ich gehe davon aus, dass Sie das zur Kenntnis genommen haben.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

10 Allgemeine Vorlagen

Zu Tagesordnungspunkt 10.1:

10.1 Finanzierung/Bedarfsfeststellung städtebaulicher Masterplan für die Kölner Innenstadt  
hier: Arbeit der Lenkungsgruppe  
1228/2010

Abstimmung wie StEA. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen diese Beschlussvorlage? - Dagegen sind die Fraktion pro Köln und die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? - Herr Hoffmann. Dann ist die Vorlage so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.2:

10.2 Erfahrungsbericht „Straßenkarneval in Köln - Mehr Spaß ohne Glas“  
1428/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen diese Beschlussvorlage? - Wer enthält sich? - Damit so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.3:

10.3 Konjunkturprogramm II - Zusammenfassung und Umwidmung der Maßnahmen 42-141 (Neumöblierung VHS-Studienhaus) und 42-142 (Beschaffung Medienmöbel VHS-Studienhaus)  
1770/2010

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen diese Beschlussvorlage? - Niemand. Wer enthält sich? - Ebenfalls niemand. Damit so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.4:

10.4 Errichtung eines Grundschulverbundes mit der Stammschule GGS Ricarda-Huchstraße und dem Teilstandort KGS Luzerner Weg  
1760/2010

Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Damit so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.5:

10.5 Jahresabschluss 2009 der Stadtentwässerungsbetriebe Köln (StEB), AöR

1767/2010

Gibt es zu dieser umfänglichen Vorlage Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer spricht sich gegen diese Vorlage aus? - Niemand. Wer enthält sich? - Ebenfalls niemand. Damit so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.6:

10.6 Sanierung Opernquartier Köln, VOF-Verfahren für Leistungen der Objektplanung  
2168/2010

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen diese Vorlage? - Niemand. Wer enthält sich? - Ebenfalls niemand. Damit einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.7:

10.7 Bildung eines Unterausschusses Opernquartier  
2304/2010

Die Vorlage behandelt zwei Aspekte: Zum einen müssen wir einen Grundsatzbeschluss über die Errichtung eines Unterausschusses fassen. Gibt es zum Grundsatzbeschluss Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen die Errichtung eines Unterausschusses entsprechend der Vorlage? - Niemand. Wer enthält sich? - Ebenfalls niemand. Damit ist dieser erste Teil einstimmig angenommen.

Jetzt kommen wir zur namentlichen Benennung der elf Ausschussmitglieder. Die Sitzverteilung ergibt sich aus dem Zählverfahren nach Hare/Niemeyer, die wir bereits aus den vergangenen Ratssitzungen kennen. Es gibt sechs verschiedene Listen. Ich bitte Sie, aufmerksam zuzuhören, wenn ich jetzt die Namen verlese:

- Liste 1, SPD: Frau Dr. Bürgermeister, Herr Bosbach, Frau Brunn
- Liste 2, CDU: Herr Klipper, Herr Dr. Elster, Frau Welcker
- Liste 3, Bündnis 90/Die Grünen: Frau Moritz, Frau von Bülow
- Liste 4, FDP: Herr Görzel

Wer kandidiert für die Liste 5, pro Köln?

(Markus Wiener [pro Köln]:  
Jörg Uckermann!)

- Liste 5, pro Köln: Jörg Uckermann.

Wer kandidiert für die Liste 6, Fraktion Die Linke? - Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Wir schlagen Herrn Thor Zimmermann vor.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit sind die Listen komplett.

- Liste 6, Die Linke: Herr Thor-Geir Zimmermann.

Da kein Antrag auf geheime Abstimmung gestellt worden ist, können wir jetzt darüber offen abstimmen.

Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, die als Stimmzähler benannt sind, mit Obacht zu geben, wenn wir jetzt hier zur namentlichen Abstimmung kommen.

(Michael Zimmermann [SPD]: Sie sollten dann noch einmal gongen, damit dann wirklich alle im Raum sind!)

- Ja.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Können wir das nicht mit allen zusammen abstimmen?)

- Nein, nach Hare/Niemeyer muss über die Listen einzeln abgestimmt werden.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Was ist denn mit einem einstimmigen Beschluss?)

- Wir müssen die Listen einzeln aufrufen und dann mit Handzeichen darüber abstimmen lassen.

Ich schlage vor, die Sitzung für wenige Minuten zu unterbrechen, damit auch alle Kolleginnen und Kollegen zur Abstimmung anwesend sind.

(Unterbrechung von  
18.34 Uhr bis 18.40 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen jetzt zur namentlichen Abstimmung über die von den Fraktionen benannten elf Ausschussmitglieder.

- Liste 1, SPD: Frau Dr. Bürgermeister, Herr Bosbach, Frau Brunn

Wer für diese Liste stimmen will, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD, und zwar komplett.

- Liste 2, CDU: Herr Klipper, Herr Dr. Elster, Frau Welcker

Wer stimmt für diese Liste? - Das ist die CDU, ebenfalls, wie ich sehe, vollständig.

- Liste 3, Bündnis 90/Die Grünen: Frau Moritz, Frau von Bülow

Ich bitte Sie um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ebenfalls vollständig.

- Liste 4, FDP: Herr Görzel

Ich bitte Sie um das Handzeichen. - Auch dafür sehe ich vollständige Zustimmung.

- Liste 5, pro Köln: Herr Uckermann

Ich bitte Sie um das Handzeichen. - Auch dafür sehe ich Zustimmung.

- Liste 6, Die Linke: Herr Thor-Geir Zimmermann

Ich bitte Sie um das Handzeichen. - Herr Hoffmann, Herr Zimmermann und die Fraktion Die Linke signalisieren Zustimmung.

Wie mir gerade bekannt gegeben wurde, sind damit alle für den Unterausschuss Opernquartier vorgeschlagenen Ratsmitglieder gewählt.

Zu Tagesordnungspunkt 10.8:

10.8 Förderprogramm des Bundes für Investitionen in nationale Welterbestätten  
hier: Förderantrag für das Projekt „Städtebauliche Neuordnung des Domumfeldes im Bereich Dionysoshof/Baptisterium“, Mitteleinstellung in den Haushalt und Freigabe investiver Auszahlungsermächtigung  
2106/2010

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir darüber ab. Wer ist gegen diese Beschlussvorlage? - Niemand. Wer enthält sich? - Ebenfalls niemand. Damit so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.9:

10.9 Umrüstung der Stadtbahnlinie 5 in Köln-Ossendorf  
hier: Ergänzung zum Baubeschluss für den Neubau der Stadtbahnhaltestelle Rektor-

Klein-Straße in Köln-Ehrenfeld vom  
02.02.2010  
2365/2010

Ich sehe, es gibt keine Wortmeldungen. Gibt es Gegenstimmen gegen diesen Beschlussvorschlag? - Gibt es Enthaltungen? - Damit so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.10:

10.10 Verwendung des Jahresüberschusses  
2009 der Stadtwerke Köln GmbH (SWK)  
2557/2010

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir darüber ab. Wer ist gegen diese Beschlussvorlage? - Niemand. Wer enthält sich? - Ebenfalls niemand. Damit so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

Zu Tagesordnungspunkt 11.1:

11.1 177. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 2, Köln-Rodenkirchen  
Arbeitstitel: Gaedestraße in Köln-Marienburg  
hier: Feststellungsbeschluss  
1795/2010

Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich sehe auch niemanden, der gegen diese Beschlussvorlage stimmt. Gibt es Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln damit so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

Zu Tagesordnungspunkt 12.1:

12.1 Satzungsbeschluss betreffend die  
2. Änderung des Bebauungsplanes  
(vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr.  
70369/03  
Arbeitstitel: Bergstraße in Köln-Sürth,  
2. Änderung  
1166/2010

Es gibt keine Wortmeldungen. Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen von der Fraktion pro Köln. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Somit angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.2:

12.2 Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 6848 Sa/03 (68489/03)  
Arbeitstitel: Barbarastraße in Köln-Riehl/-Niehl, 1. Änderung  
2010/2010

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich nehme nicht an der Abstimmung teil!)

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Somit angenommen. Frau Moritz hat an dieser Abstimmung nicht teilgenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.3:

12.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 67409/04  
Arbeitstitel: Gaedestraße in Köln-Marienburg  
1775/2010

Gibt es Wortmeldungen?

(Winrich Granitzka [CDU]: Wie BV 2, Herr Oberbürgermeister!)

- Wie StEA.

(Winrich Granitzka [CDU]: Das ist dasselbe!)

- Noch einmal zur Klarstellung, Herr Granitzka: Abstimmung der Vorlage wie StEA. Die BV hatte andere Vorschläge, die vom StEA nicht aufgenommen worden sind.

(Winrich Granitzka [CDU]: Okay! Dann wie StEA!)

Ich frage noch einmal: Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen die Beschlussvorlage 12.3? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist das so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

14 Erlass von Veränderungssperren

Zu Tagesordnungspunkt 14.1:

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Buchheim  
Arbeitstitel: Ackerstraße in Köln-Buchheim  
4861/2009

Ich sehe keine Wortmeldungen. Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen von der Fraktion

pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

17 Wahlen

Zu Tagesordnungspunkt 17.1:

17.1 Änderung der Satzung für die Verleihung des Hans-Böckler-Preises der Stadt Köln  
Neufassung  
4200/2009/1

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir über die Satzungsänderung abstimmen. Wer sich gegen diese Vorlage ausspricht, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Damit ist die Vorlage so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.2:

17.2 Benennung von Mitgliedern des Kuratoriums für die Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises der Stadt Köln  
4370/2009

Hierzu liegt Ihnen eine Neufassung vor. Bei diesem Punkt ist eine gestufte Abstimmung vorgesehen.

Wir stimmen zum Ersten über die Änderung der Satzung für die Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises ab. Das ist Beschlusspunkt 1. Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen von der Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist die geänderte Satzung angenommen.

Zum Zweiten stimmen wir über Entsendung des Vorstandsvertreters der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf Herrn Erhard Jauck und des Sponsorenvertreters Herrn Konrad Adenauer ab. Gibt es Gegenstimmen gegen diese Benennung? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Ebenfalls nicht. Damit ist das so beschlossen.

Ich bedanke mich ganz herzlich, dass wir für diese beiden Stiftungen jetzt Klarheit in der Gremienbesetzung haben.

Zu Tagesordnungspunkt 17.3:

17.3 Entsendung von Mitgliedern in den Unterausschuss Ganztags  
1438/2010

In der Beschlussvorlage sind die vorgeschlagenen Mitglieder namentlich genannt. Es handelt

sich um folgende Personen: Bernd Will, Gertrud Heinrichs, Franz Legewie, Monika Kuntze, Thomas Wallendorf, Jochen Sander-von der Meden, Christine Kupferer und Uwe Schäfer-Remmele.

Wenn es keine weiteren Wortmeldungen und Vorschläge gibt, können wir en bloc darüber abstimmen. Wer gegen diesen Beschlussvorschlag stimmt, bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist das einstimmig angenommen. Glückwunsch an die Gewählten!

Zu Tagesordnungspunkt 17.4:

17.4 Antrag der Fraktion pro Köln  
hier: Neubenennung eines Ausschussmitgliedes  
AN/1154/2010

Hierfür ist ein Mehrheitsbeschluss erforderlich. Die Fraktion pro Köln hat Eileen Flemming benannt, die Herrn Uckermann ersetzen soll.

(Götz Bacher [SPD]: Der Ausschussvorsitzende bedankt sich recht herzlich - Heiterkeit bei der SPD)

Ist jemand gegen diese Neubenennung? - Das ist nicht der Fall. Wer enthält sich? - Niemand. Damit ist das so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.5:

17.5 Antrag der CDU-Fraktion  
hier: Nachwahl eines Mitgliedes für den Aufsichtsrat der Koelnmesse GmbH  
AN/1148/2010

Auch hierfür ist ein Mehrheitsbeschluss erforderlich. Auf Vorschlag der CDU soll Herr Nikolai Lucks in den Aufsichtsrat der Koelnmesse GmbH gewählt werden. Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? - Ebenfalls nicht. Gibt es Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist das einstimmig angenommen. Herzlichen Glückwunsch an Herrn Lucks!

Zu Tagesordnungspunkt 17.6:

17.6 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
hier: Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben/Schwule und Transgender  
1170/2010

Ich bitte dazu Frau Bredehorst um eine Stellungnahme.

Beigeordnete Marlis Bredehorst: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Diese Vorlage beruht auf einem Missverständnis. Bei der Stadtarbeitsgemeinschaft gibt es nämlich folgende Regelung: Laut Geschäftsordnung und Ratsbeschluss werden die Mitglieder direkt von den im Sozialausschuss vertretenen Fraktionen benannt und die jeweiligen Namen dann der Geschäftsführung der Stadtarbeitsgemeinschaft übermittelt. Es reicht also ein einfaches Schreiben an die Geschäftsführung der Stadtarbeitsgemeinschaft, um ihr die jeweiligen Mitglieder und auch eventuelle Stellvertreterinnen und Stellvertreter, so sie denn benannt werden, mitzuteilen. Dazu bedarf es keines Ratsbeschlusses.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das hat sich damit also erledigt. Die Vorlage wird zurückgezogen. Das wird auf dem Verwaltungswege erledigt beziehungsweise auf unmittelbarem Wege der Arbeitsgemeinschaft übermittelt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 18 auf:

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu Tagesordnungspunkt 18.1:

18.1 Einstellung Grabungsmitarbeiter für die Archäologische Zone/Jüdisches Museum  
2133/2010

Abstimmung wie in der Fassung des Hauptausschusses. Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir ab. Wer gegen diese Vorlage ist, bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist diese Dringlichkeitsentscheidung genehmigt.

Damit ist der öffentliche Teil der Ratssitzung beendet.

(Schluss: 18.53 Uhr)